

Grünberger Wochenblatt.

Ercheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis: Aus der Geschäftsstelle oder den Ausgabestellen abgeholt 1,50 RM. (wöchentlich 35 Pf.); ins Haus gebracht 1,75 RM.
Durch die Post bezogen kostet das Wochenblatt monatlich 1,50 RM.; durch den Briefträger ins Haus gebracht 1,85 RM.

Zeitung für Stadt und Land.

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 Millimeter breite Petitzeile kostet 20 Pf. — Die Restzeile (90 Millimeter breit) kostet 30 Pf. Fernsprecher: Nr. 2 101 und 102
Postfach-Konto Breslau 12347
Bank-Konten: Dresdner Bank, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Stadt-Sparfasse, Kreis-Sparfasse sämtlich in Grünberg in Schlesien.

Die Botschaft Hoovers.

Ein Vorschlag, die gesamten Weltrüstungen um ungefähr ein Drittel herabzusetzen. — „Der wichtigste Schritt für eine Erholung der Weltwirtschaft.“ — Noch weit von den deutschen Forderungen entfernt.

Der Hauptauschuss der Genfer Abrüstungskonferenz, dessen nächster Zusammentritt Henderson in einer Unterredung mit den Vertretern der nordischen Staaten frühestens für Anfang Juli in Aussicht genommen hatte, ist gestern nachmittag auf Veranlassung der amerikanischen Delegation überraschend einberufen worden.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, eröffnete die Sitzung mit einleitenden Worten und erteilte sodann dem Führer der amerikanischen Delegation das Wort.

Der Vertreter Amerikas, Botschafter Gibson, begann seine Rede mit der von der Versammlung mit größtem Interesse aufgenommenen Mitteilung, daß er vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika beauftragt sei, dem Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz eine Erklärung, die in diesem Augenblick in der ganzen Welt veröffentlicht werde, zu übermitteln. Der Präsident gebe sich der größten Hoffnung hin, daß die Veröffentlichung seines Problems als ein Appell an die Völker angesehen werde und zu einer allgemeinen tiefen und gründlichen Prüfung des Abrüstungsproblems führen würde. Botschafter Gibson verlas sodann die Botschaft Hoovers, die im wesentlichen in den Instruktionen besteht, die die amerikanische Delegation für die jetzigen entscheidenden Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz erhalten hat, und in dem Vorschlag gipfelt, die gesamten Weltrüstungen um ungefähr ein Drittel herabzusetzen. Hoover betont in seiner Botschaft, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, wo man kurz und entschlossen sich zu einer Herabsetzung der verheerenden Rüstungsbürde, die auf der Welt lastet, entschließen müsse. Auf diese Weise würde der wichtigste Schritt für eine Erholung der Weltwirtschaft getan. Die Abrüstung würde die Furcht und das gesamtliche Mißtrauen beseitigen, das die Folge der Rüstungen sei. Wenn man für eine Periode von 10 Jahren durch Rüstungsherabsetzung eine Verschwendung von wenigstens 10 Milliarden Dollar vermeiden würde, würde der Gedanke des Friedens gefördert werden.

Die Botschaft Hoovers entwickelt dann im einzelnen einen umfassenden Abrüstungsplan, der von dem Grundgedanken ausgeht, daß der Brand-Rollogg-Pakt, der von allen Staaten unterzeichnet worden sei, festgesetzt habe, daß die Staaten übereingekommen sind, ihre Rüstungen lediglich zu Verteidigungszwecken zu gebrauchen. Die Land-, Luft- und Flottenrüstungen bilden ein einheitliches Ganzes. Die hierauf bezüglichen amerikanischen Vorschläge müßten als ein Ganzes betrachtet werden.

Auf dem Gebiete der Landrüstungen sieht der Plan die vollständige Abschaffung der Tanks, des chemischen Krieges und der beweglichen schweren Artillerie vor. Die Effektivstärke solle um ein Drittel herabgesetzt werden. Jeder Staat soll nach diesem Plan nunmehr so viele Truppen unterhalten dürfen, wie er aus Gründen der inneren Sicherheit und, um einen Angriff abwehren zu können, nötig hat. Als Grundlage für die Berechnung der Effektivstärke jedes Staates soll die Heeresstärke genommen werden, die der Versailler Vertrag für Deutschland festgesetzt hat.

Auf dem Gebiete der Luftrüstungen wird die vollständige Abschaffung der Bombenflugzeuge gefordert. Was die Seerüstungen angeht, so empfiehlt Amerika die Herabsetzung der Gesamttonnage der Panzerschiffe um ein Drittel, der Flugzeugträger, sowie der Kreuzer und Torpedoboote um ein Viertel und der Unterseeboote um ein Drittel. Die Gesamttonnage der Unterseeboote soll in keinem Staat 35 000 Tonnen überschreiten.

Die Botschaft Hoovers stellt zum Schluß fest, daß der amerikanische Plan zu einer Normenherabsetzung der Ausgaben für Neubauten und Erneuerung der Kriegsschiffe führen werde. Er würde jeder Nation die Möglichkeit großer Ersparnisse auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Flottenrüstungen verschaffen. Jeder Staat müsse zu dem gemeinsamen Werk beitragen. Es sein ein Wahlsinn, wenn die Welt sich weiter in militärischen Ausgaben erschöpfen wolle. Die Vereinigten Staaten hätten ihre Vorschläge eingebracht, um die Völker zu entlasten.

Im Anschluß an die Verlesung gab Botschafter Gibson einige technische Erläuterungen zu dem Plan und betonte nochmals, daß Amerika bereit sei, seinerseits große materielle Opfer auf dem Gebiete der Abrüstung zu bringen.

Die Rede des amerikanischen Delegierten Gibson wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. In der darauf folgenden Debatte, in der zunächst die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs das Wort ergriffen, zeigte sich jedoch, daß die mutige Initiative des Präsidenten Hoover bei den Hauptmächten Europas sehr wenig beifällig aufgenommen worden ist.

Die Initiative des Präsidenten Hoover ist an sich zu begrüßen, weil damit ein energischer Schritt auf allen drei Gebieten der Abrüstung unternommen wird und weil ferner wenigstens auf dem Gebiete der Heeresstärken in einer Teilfrage das deutsche Niveau des Versailler Vertrages als Ausgangspunkt genommen wird und zwar in der Frage der Berechnung der für die innere Sicherheit notwendigen Effektivbestände.

Es muß aber, wie aus Genf gedruckt wird, darauf hingewiesen werden, daß auch die in der amerikanischen

Erklärung vorgeschlagenen Lösungen noch weit von den deutschen Forderungen entfernt sind. Deutscherseits wird gefordert, daß die Konferenz selbst in ihren Beschlüssen über die amerikanischen Vorschläge hinausgeht, insbesondere wird gefordert, daß, soweit Deutschland in Frage kommt, das Rüstungsverhältnis zwischen den Staaten nicht das gleiche bleibt wie bisher, sondern durch die Berücksichtigung der deutschen Forderungen nach äußerer Sicherheit abgeändert wird. In diesem Zusammenhang wird auch auf den zweiten Teil der deutschen Abrüstungstheorie, der Forderung nach gleichem Recht, hinzuweisen sein, deren praktische Durchführung in hohem Maße von dem Grade der Abrüstung der anderen abhängt.

New York, 23. Juni. Die New Yorker Blätter befassen sich heute überaus intensiv mit dem Abrüstungsvorschlag Hoovers und heben besonders hervor, daß dieser Vorschlag von Deutschland, England, Italien, Rußland und Spanien unterstützt werde, auf Seiten Frankreichs und Japans aber eine unverhüllte Opposition hervorgerufen habe. „New York Times“ unterstreicht, daß die Heeresstärke in Deutschland den Maßstab für die Rüstungen anderer Länder darstellen solle.

London, 23. Juni. Die Morgenpresse ist einhellig der Meinung, daß die „Löhnen und weitgehenden Vorschläge Hoovers“ der Abrüstungskonferenz zwar neuen Auftrieb gegeben haben, daß aber bei dem zu erwartenden Widerstand Frankreichs die Hoffnung auf Annahme nicht sehr groß sei.

Paris, 23. Juni. Der Abrüstungsvorschlag Hoovers wird in der gesamten französischen Presse kühl aufgenommen und als Wahlmanöver bezeichnet.

Der Besuch der deutschen Kriegsschiffe in Danzig.

Danzig, 23. Mai. Die drei deutschen Kriegsschiffe sind heute programmäßig auf der Reede des Danziger Hafens vor Anker gegangen.

Deutsches Memorandum über die Reparationsfrage.

Memoranden-Austausch zwischen den englischen und französischen Delegationsführern. Französisch-belgische Einheitsfront? — Frankreich besteht auf deutscher Zahlung. Ein Appell des Reichskanzlers an die Welt.

Der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath stattete gestern vormittag dem englischen Premierminister MacDonald einen Besuch ab, um ihm das deutsche Memorandum über die Reparationsfrage zu überreichen. In diesem Memorandum, das sich auf den bekannten Gedankenaustausch zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem englischen Premierminister in den letzten Tagen aufbaut, wurden der deutsche Standpunkt noch einmal zusammengefaßt und die produktiven deutschen Gedanken eines weltwirtschaftlichen Aufbaus und einer Erneuerung auf wirtschaftlichem Gebiete sowie der Verhütung einer Gegeneinanderarbeit der Staaten noch einmal dargelegt.

Im Laufe des Nachmittags wurden zwischen den Führern der englischen und der französischen Delegation gleichfalls Denkschriften ausgetauscht. In französischen Kreisen vertritt man den Standpunkt, daß zunächst einmal eine englisch-französische Einigung über den Grundlag der Reparationszahlungen überhaupt erfolgen müsse, ehe über nähere Einzelheiten verhandelt werde.

Der französische Plan für Lausanne wird von der gesamten französischen Presse entwickelt, wie es scheint, auf Grund von Erklärungen, die Finanzminister Germain-Martin vor den Vertretern der französischen Presse abgegeben hat. Während nach den meisten Verichten die erste Periode, also das absolute Zahlungsmoratorium, sich auf ein oder zwei Jahre erstrecken soll, spricht der „Matin“ von zwei oder drei Jahren. Im übrigen aber verteidigen sämtliche Blätter diesen Plan.

Wie „Matin“ aus Lausanne erfährt, soll im Verlaufe einer Aussprache zwischen den französischen und belgischen Delegierten eine Einheitsfront bezüglich der Reparationen zustande gekommen sein. Man behauptet, daß im Verlaufe der Beratungen sogar die Gesamtsumme, die man von Deutschland nach seiner wirtschaftlichen Wiederherstellung fordern wolle, annähernd abgeklärt worden sei. — Dem „Daily Telegraph“ wird gemeldet, die französische Delegation sei seit entworfen, jeden englischen Vorschlag auf Annulierung der deutschen Zahlungen abzulehnen.

Im Garten des Hotels der deutschen Delegation wurden gestern Tonförmlichkeiten gemacht, bei denen der Reichskanzler folgende Worte sprach:

In dem harten Ringen um Deutschlands Schicksal, das zugleich das Schicksal der ganzen Welt ist, weiß sich die deutsche Delegation in Lausanne eins mit dem geschlossenen

Das Zentrum und die Reichstagswahlen

Berlin, 22. Juni. Die Mitglieder der bisherigen Reichstagsfraktion des Zentrums traten heute zu einer längeren Beratung zusammen. Die Sitzung war einberufen worden, damit vor den Reichstagswahlen noch einmal die gesamtpolitische Lage und die technischen Wahlfragen durchgesprochen würden. Nachdem dies geschehen war, beschloß die Fraktion mit dem Uniformverbot und beschloß, die Einberufung des Ersten Ausschusses des Reichstages, des sogenannten Ueberwachungsausschusses (Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung), zu veranlassen. An den Vorsitzenden des Ersten Ausschusses, den Abg. Gregor Straßer, wurde ein Schreiben des Inhalts gerichtet, er möge den Ausschuß alsbald mit folgender Tagesordnung einberufen: 1. Stellungnahme zu der Notverordnung vom 14. Juni 1932, 2. Vorschläge an die Reichsregierung zur Sicherung der Wahlfreiheit. Gleichzeitig regte die Zentrumsfraktion in dem Briefe an, die für diese Fragen zuständigen Minister zu den Verhandlungen des Ausschusses einzuladen.

Da auch die kommunistische Reichstagsfraktion, ebenso wie die sozialdemokratische, die Einberufung dieses Ausschusses beantragt haben, so wird der Vorsitzende wohl nicht umhin können, ihn einzuberufen.

Eine Entschließung des Zentrums.

Berlin, 22. Juni. Die bisherige Zentrumsfraktion des Reichstages hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig eine Entschließung angenommen, in der sie zunächst „auf das schärfste gegen die durch die Maßnahmen des Kabinetts von Papen hervorgerufene Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und gegen die Eröffnung einer neuen Welle von Gewalttätigkeiten von links und rechts protestiert.“ Am Schluß der Entschließung heißt es: „Am schwersten Gefahren für die Nation zu verharren, erwartet die Zentrumsfraktion gemäß der Antifindigung des Herrn Reichspräsidenten unverzügliches und wirksames Einschreiten der Reichsregierung im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.“ Die friedliebende Bevölkerung verlangt, daß der beginnende Wahlkampf frei von gewaltsamen Beeinträchtigungen vor sich gehen kann und daß die politischen Maßnahmen der Länder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung seitens der Reichsregierung keine Beeinträchtigung erfahren.

und festen Willen des gesamten deutschen Volkes. Zu oft ist das Hoffen der Völker enttäuscht worden, zu oft sind die Entscheidungen vertagt worden. Diese Methoden haben Deutschland und die ganze Welt in immer größeres Unglück gebracht. Die verantwortlichen Staatsmänner werden in Lausanne zu einem Ergebnis kommen müssen, das in klarer Erkenntnis gleicher Rechte und gleicher Pflichten aller Staaten der Welt den Frieden zurückgibt. Nur ein Frieden kann Bestand haben, der das Interesse des einzelnen Volkes und das Gesamtwohl in Einklang bringt. Deutschlands Schicksal ist das Schicksal der Welt, deutsche Not ist die Not der Welt, der Wohlstand der einzelnen Nation der Wohlstand der Gesamtheit. Die Arbeit der verantwortlichen Staatsmänner in Lausanne muß den Weg freimachen für eine positive Zusammenarbeit, die uns allein einer besseren Zukunft entgegenführen kann.

Lausanne, 23. Juni. Zu dem englischen Memorandum werden folgende Einzelheiten bekannt: Das Memorandum soll in 4 Teile gegliedert werden, die „in jeden zukünftigen Vertrag übernommen werden müssen“. Die vier Punkte sollen folgendermaßen lauten:

Die Frage der Endgültigkeit, das heißt, der ganze grundsätzliche Fragenkomplex muß auf dieser Konferenz entschieden werden, da auf keinen Fall Fragen von grundsätzlicher Bedeutung anderen Konferenzen zur Regelung vorbehalten bleiben sollen;

wenn Deutschland irgendwelche Zahlungen in der Zukunft leisten soll, dürfen diese Zahlungen die wirtschaftlichen und anderen Beziehungen der Nationen untereinander nicht hemmen;

die Zeitpanne, während welcher Deutschland Zahlungen leistet, darf Deutschlands wirtschaftliche Erholung und Wiederaufbau auf keinen Fall beeinträchtigen;

Punkt 4 behandelt die deutsche Zahlungsfähigkeit.

Im Zusammenhang mit den anderen Punkten darf aus Punkt 4 entnommen werden, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit allgemein anerkannt wird.

Kommunistischer Barrakadenbau in Moabit!

Berlin, 23. Juni. Mehrere Kommunisten versuchten heute mittag in Moabit Steine zu Barrakaden zusammenzutragen. Die Polizei griff sofort ein. Zwei Personen wurden festgenommen.

Das Ergebnis der Länder-Konferenz.

**Dringende Bitte des Reichsinnenministers
um einheitliche Handhabung der Notverordnung vom 14. Juni.**

Berlin, 22. Juni. Im Reichsministerium des Innern trat heute vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni d. J. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Freiherrn von Gayl zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugelaßt.

In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die „kürzeste Frist“, in der die noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder nach der amtlichen Mitteilung die Befolgung ihrer Stellungnahme zugesagt haben, sich auf etwa 2 bis 3 Tage belaufen wird. Die Entscheidung in der ganzen Angelegenheit ist somit für Ende der Woche zu erwarten.

In unterrichteten Kreisen vermeidet man es zwar, von einer „Entpannung“ zu sprechen, man hat aber doch den Eindruck, daß die geistige Aussprache unter gar keinen Umständen eine weitere Zuspitzung herbeigeführt hat. Im ganzen spielte die Besprechung sich in sehr viel verbindlicheren Formen ab als der Streit in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit geführt wurde. Wie schon aus der amtlichen Mitteilung hervorgeht, sind alle Ländervertreter zu

Wort gekommen, als erster übrigens Minister Severing für Preußen als das größte Land.

Der Verlauf der Aussprache zeigte, daß die Auffassung der Länder keineswegs einheitlich ist.



Das Reichsinnenministerium in der Reichshauptstadt, das frühere Generalstabsgebäude, in diesem Großen Saal die innenpolitisch hochbedeutende Länderkonferenz stattfand. Bild oben rechts der Führer der Länder-Opposition: der Bayerische Innenminister Stükel.

Preussischer Landtag.

Sitzung vom Mittwoch, 22. Juni.

Die gestrige Sitzung des Preussischen Landtags begegnete wiederum besonders starkem Interesse der Öffentlichkeit, was sich in überfüllten Tribünen dokumentierte.

Zunächst stand die politische Amnestie auf der Tagesordnung. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, weil die ersteren die Vorwürfe gegen den Abg. Kuttner (Soz.), als habe er widerrechtlich in den Revolutionswirren einen Arbeiter erschossen, mit dem Vortrag entsprechender Gerichtsurteile zurückgewiesen.

Bei den Abstimmungen wurden kommunistische und sozialdemokratische Amnestie-Entwürfe gegen die Antragsteller abgelehnt. Der nationalsozialistische Entwurf, der im wesentlichen die bekannten Beschlüsse des Reichsausschusses enthielt, wurde zwar angenommen, aber nach recht erheblichen Änderungen. Vor allem wurde auf deutschnationalen Antrag die bisher unbefristet vorgesehene Amnestie befristet auf diejenigen politischen Taten, die bis zum 15. Juni d. J. begangen wurden. Auf kommunistischen Antrag wurde die Amnestie ausgedehnt auf Taten, die aus Anlaß von Wirtschaftskämpfen, Streiks und Demonstrationen entstanden. Auf deutschnationalen Antrag wurde in den Entwurf eingefügt, daß die schweren Delikte, wie Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung usw., von der Amnestie ausgeschlossen werden. Als „Stein des Anstoßes“ verblieb somit lediglich der vorgesehene Amnestie-Ausschuss des Landtags, der richterliche Urteile nachprüfen soll.

Es folgte die endgültige Wahl des Präsidiums. Gewählt wurde der nationalsoz. Abg. Kerl mit 197 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen bei 64 Stimmenthaltungen des Zentrums. Außerdem erhielten Abg. Kasper (Komm.) 53, Abg. Wittmaad (Soz.) 91 Stimmen. Zum Ersten Vizepräsidenten wurde der Abg. Dr. Kries (Dnat.) mit 182 Stimmen gewählt. Für den Abg. Wittmaad (Soz.) waren 174 Stimmen abgegeben. Zum Zweiten Vizepräsidenten wurde der Abg. Baumhoff (Zentr.) mit 184 Stimmen gewählt, der sich aber die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung bis nach der Wahl des dritten Vizepräsidenten vorbehalten zu müssen erklärte. Als nunmehr für den Posten des dritten Vizepräsidenten der nationalsozialistische Abg. Sale vorgeschlagen wurde, verließen die Mitglieder der Zentrumsfraktion und die Sozialdemokraten den Sitzungssaal. Es wurde sodann der Abg. Sale zum Dritten Vizepräsidenten gewählt.

Nunmehr entwickelte sich eine teilweise stürmische Geschäftsordnungsdebatte um die Wahl des Ministerpräsidenten. Ein deutschnationaler Antrag, am Donnerstag die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen, wurde gegen Antragsteller, Kommunisten und Deutsche Volkspartei abgelehnt.

Erst nach 9 Uhr abends vertagte sich das Haus auf Donnerstag, wo im wesentlichen über schulpolitische Dinge debattiert wird.

Preussischer Staatsrat.

Der Preussische Staatsrat trat am 21. d. M. zu einer kurzen Sitzung zusammen. Für das durch Tod ausgeschiedene stellvertretende Mitglied La Grange (Soz.) konnte ein anderer Stellvertreter nicht benannt werden, weil der Wahlvorschlagn für den Wahlbezirk der Provinz Brandenburg erschöpft war.

Der Staatsrat beschloß gegen die Stimmen der Kommunisten, Einwendungen nicht zu erheben gegen die Verordnung des Innenministers zur Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. d. M. betr. politische Ausschreitungen (Beschlagnahme von Druckschriften usw.) Nach der preussischen Verordnung sind außer dem Innenminister für Maßnahmen nach § 7 der Notverordnung die Oberpräsidenten für den Bereich ihrer Provinz, der Regierungspräsident in Sigmaringen für den Regierungsbezirk Sigmaringen und der Polizeipräsident in Berlin für den Bezirk der Stadt Berlin zuständig. Diese Zuständigkeit erstreckt sich auch auf das Verbot von Kopieblättern, sofern sie in Preußen erscheinen und die das Verbot des Stammblasses veranlassenden Ausführungen gebracht haben.

Die nächste Vollsitzung des Staatsrates findet am Donnerstag statt.

Oberst a. D. Hierl Arbeitsdienstkommisnar?



Wie in politischen Kreisen verlautet, ist der Sachbearbeiter für Arbeitsdienstfragen in der Reichsleitung der NSDAP, Oberst a. D. Hierl, von der Reichsregierung als Arbeitsdienstkommisnar in Aussicht genommen.

Unterredung des österreichischen Bundeskanzlers mit Herriot.

Lausanne, 22. Juni. Wie wir erfahren, hat Bundeskanzler Dr. Dollfuß heute dem französischen Ministerpräsidenten Herriot die Notlage Österreichs eingehend dargelegt. Ueber die Unterredung ist eine gemeinsame Verlautbarung herausgegeben worden. Danach hat Herriot dem österreichischen Bundeskanzler nahegelegt, daß sich Österreich an die in Lausanne versammelten Sachverständigen wenden möge und weiter erklärt, daß er sich selbst auch fernerhin der österreichischen Delegation zur Verfügung halte. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß die Frage der Anleihe für Österreich noch immer nicht entschieden ist.

London, 22. Juni. Für Beteiligung an einer Anleihe an Österreich soll laut „Financial News“ Frankreich u. a. die Bedingung gestellt haben, daß Österreich 10 Jahre lang keine Zollunion mit Deutschland eingehen.

Einstellung der Devisenzuteilung in Oesterreich.

Wien, 22. Juni. Die Oesterreichische Nationalbank wird die Zuteilung von Devisen für den Auslandsschuldendienst in Anbetracht der Verminderung der Devisenbestände von heute ab vorläufig einstellen.

Eine Konferenz gegen den Krieg?

Paris, 22. Juni. Nach der „Volonté“ soll angeblich am 1. August eine von den Franzosen Henry Dorduffe, Roman Holland, dem Engländer Wells und den Deutschen Einstein und Heinrich Mann vorgeschlagene Konferenz gegen den Krieg in Genf zusammengetreten. Das Blatt setzt sich für diese in einem Artikel von Victor Margueritte nachdrücklich ein.

Neue deutschfeindliche Kundgebungen in Polen.

Posen, 22. Juni. Die Zahl der deutschfeindlichen Kundgebungen in Polen nimmt von Tag zu Tag zu. In erster Linie sind es die Nationaldemokraten, die planmäßig in allen Orten Kundgebungen veranstalten, in denen gegen das Deutschtum gehetzt wird. Aber auch dem Regierungsbund nahestehende Organisationen beteiligen sich vielfach an dieser Deutschenhetze.

Eine Zwangsanleihe Polens bei seiner Beamtenchaft?

Warschau, 22. Juni. Nach Meldungen hiesiger Blätter plant das polnische Finanzministerium die Auflegung einer inneren Anleihe, die für die Staatsbeamten den Charakter einer Zwangsanleihe haben soll, indem den Beamten mehrere Monate ein Teil ihres Gehaltes zugunsten der Anleihe einbehalten würde. Die Anleihe soll zur Wiederaufhebung des polnischen Wirtschaftslebens dienen.

Litauischer Stadtbrief gegen Beders.

Kowno, 22. Juni. Das Kriegsgericht in Kowno hat heute den Beschluß gefaßt, die 3000 Lit Kaution, die Beders gestellt hat, zu konfiszieren und einen Stadtbrief gegen Beders zu erlassen. Der Offizialverteidiger Beders will eine Beschwerde gegen den Beschluß des kownoer Kriegsgerichts beim litauischen Obertribunal einlegen.

Bereinigung ehem. Nationalsozialisten Beginnende Abspaltung.

Der frühere nationalsozialistische Staatsminister in Braunschweig, Dr. Franzen, sowie der nationalsozialistische Landtagsabg. Franz Grob haben eine nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft gebildet, der sich jetzt auch der kürzlich unter aufsehenerregenden Umständen aus der NSDAP. ausgeschlossene frühere Redakteur des „Samburger Tageblatts“, Dr. Albert Krebs, angeschlossen hat. Der Zweck dieser Vereinigung besteht vor allem darin, die zahlreichen Splittergruppen, die bisher aus der NSDAP. hervorgegangen sind, auf einer neuen ideologischen Grundlage organisatorisch zusammenzufassen.

Nationalsozialistischer Notetat in Anhalt.

Das neue nationalsozialistische Staatsministerium in Anhalt hat beschlossen, mit einem Notetat weiter zu regieren. Als nationalsozialistische Neuerung wird in Anhalt jetzt die Fiskalsteuer mit einer Besteuerung von 20 Prozent für die Gewerbesteuererhebung des Landes und der Gemeinden eingeführt.

Reichsbanner gegen Vorgehen der NSDAP.

Breslau, 22. Juni. Anlässlich der Vorkommnisse in den letzten Tagen hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in einem Telegramm an den Reichspräsidenten und den Reichsinnenminister schärfste Verwahrung gegen das Vorgehen der NSDAP. und ihrer Organe eingelegt und um Geltendmachung und Durchführung der vorliegenden Bestimmungen gebeten.

Odenburg-Januschau kandidiert nicht mehr.

Berlin, 21. Juni. Kammerherr von Odenburg-Januschau hat sich entschlossen, für den neuen Reichstag nicht mehr zu kandidieren, da er wegen seines hohen Alters und seiner starken wirtschaftlichen Inanspruchnahme, die ihn in seiner Heimat Ostpreußen unentbehrlich mache, das Mandat als Reichstagsabgeordneter nicht mehr ausüben zu können glaube. Sein Verzicht ist, wie die deutschnationalen Pressestelle mitteilt, in vollster Uebereinstimmung mit Dr. Eugen Berg und der deutschnationalen Reichstagsfraktion erfolgt. Als er sich zum letzten Male im Kreise der Fraktion befand, war er Gegenstand lebhafter Ovationen.

Austritte aus der Wirtschaftspartei.

Dortmund, 22. Juni. In einer Generalversammlung der Ortsgruppe Dortmund der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), wurde heute abend einstimmig die Auflösung beschlossen. Alle Anwesenden traten zur Partei der neuen Mitte über.

Eröffnung des Eucharistischen Kongresses.

Dublin, 22. Juni. Der internationale eucharistische Kongress, die ansehnlichste Versammlung kirchlicher Würdenträger, die seit Jahrhunderten außerhalb Roms stattgefunden hat, ist heute nachmittag feierlich von dem päpstlichen Legaten, Kardinal Lauri, in der Kathedrale von Dublin eröffnet worden.

Roosevelt fordert Waller auf, sich zu rechtfertigen.

Albany (New York), 22. Juni. Der Gouverneur des Staates New York, Franklin Roosevelt, forderte den Bürgermeister von New York, James Waller, auf, sich zu den ihm belastenden Anschuldigungen des Ausschusses zu äußern, der mit einer Untersuchung der Korruption in der Stadverwaltung von New York beauftragt ist. Der Vorsitzende dieses Ausschusses hatte erklärt, daß Waller unwürdig sei, sein Amt weiter zu bekleiden.

Das Ständrecht in Chile.

Santiago, 22. Juni. Das Ständrecht ist nunmehr in Kraft getreten, das Verleihen der Strafe ist ab 22 Uhr verboten. Durch Dekret wird der Kommunismus für geächtet erklärt. Jegliche kommunistische Propaganda wird mit strengen Strafen belegt. Der Befehlshaber der Luftstreitkräfte erklärte, daß die Aufständischen den Flugplatz von Santiago zu stürmen versucht hätten, aber zurückgeschlagen worden seien.

Auf den Spuren Bertrams.

Bonham (Westaustralien), 22. Juni. Der Kapitän des Schiffes, das Nachforschungen nach dem vermißten Flieger Bertram vornahm, berichtet, aus dem Logbuch, das man gefunden habe, gehe hervor, daß Bertram am 15. Mai in Australien gelandet sei. Am Fenster des Flugzeuges waren mit Del die Worte geschrieben: „25. Mai. Wir verlassen das Flugzeug auf dem Schwimmer, den wir als Boot verwenden. Wir treiben nach Westen.“

Deutsche Kasernen-Abrüstung.

Im Kriegslastenhaushalt werden 2 Millionen RM. als restliche Kosten zur Durchführung der Entwaffnung angefordert. Es handelt sich dabei um die Kasernenabrüstung im besetzten Gebiet. Diese ist nach den abgeschlossenen Verträgen innerhalb dreier Jahre vom Zeitpunkt der Räumung ab durchzuführen. Die Kasernen der am 30. November 1929 geräumten zweiten Besatzungszone müssen bis Ende November 1932, die der dritten Zone bis Ende Juni 1933 abgerüstet werden.

Witterungs-Beobachtungen

vom 22. und 23. Juni.

Stunde	Barometer in mm	Temperatur in °C	Luftfeuchtigkeit in %	Windrichtung u. Windstärke 0-12	Beobachtung 0-10	Niederschlag in mm
9 Uhr abends	747.0	+ 13.1	80	N 1	1	—
7 Uhr früh	747.1	+ 9.4	96	NW 2	10	0.0
1 Uhr nachm.	747.2	+ 16.1	55	NW 2	9	0.0

Niedrigste Temperatur der letzten 24 Stunden: + 7.2.

Die hinter der Störung 30 Z. eingedrungenen Kaltluftmassen haben insbesondere in der vergangenen Nacht zu stärkerer Abkühlung Veranlassung gegeben. Dabei sind unter Bewölkungszunahme einzelne Niederschläge gefallen. Die Lage bessert sich langsam.

Wie wird das Wetter am Freitag sein?

Bei nördlichen Winden teils wolfiges, teils aufheiterndes Wetter; nach kühler Nacht tagsüber wärmer.

Erwerbslosen-Versammlung in Grünberg.

Für die Mitglieder der Freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners und der Eisernen Front fand am Mittwoch nachmittag in der „Reichshalle“ eine Versammlung Erwerbsloser statt.

In einem ausführlichen Referat beschäftigte sich Gewerkschaftssekretär Karl Lindner mit der

Streikbewegung unter Führung des Aktionsausschusses der Erwerbslosen

und begründete eingehend die Stellungnahme der SPD-Fraktion des Stadtparlaments in dieser Angelegenheit. Er wies darauf hin, daß gleichlautende Bewegungen in vielen Städten des Deutschen Reiches unternommen worden sind und kennzeichnete den hiesigen Aktionsausschuss, der aus Mitgliedern der SPD, und der NSDAP. zusammengefasst war. Eine Einheitsfront unter dieser Zusammensetzung könne es nicht geben. Aber auch eine Einheitsfront zwischen SPD. und NSDAP. käme nicht in Frage, solange nicht letztgenannte von ihrem Bruderkampf und der Beschimpfung der Partei- und Gewerkschaftsführer abgehe. Schon einmal sei der Einheitsfrontgedanke in einer gemeinsamen Sitzung der SPD-Führer sowie der SPD- und Gewerkschafts-Funktionäre zur Diskussion gestellt worden, aber an dem Standpunkt der Kommunisten, „ihr Kampf gehe von Hitler bis Severing“, gescheitert.

Redner behandelte nun die Anträge der SPD-Fraktion im Stadtparlament, welche durch die Bewilligungen gegenstandslos geworden waren, und streifte dann die bekannten Vorkommnisse, welche bei Beginn des Streiks mit einem Kampf zwischen SPD. und NSDAP. im Aktionsausschuss endeten. Beide Parteien glaubten eben, durch die Aktion Mitglieder zu gewinnen; den Nutzen hätte aber nur die Hitler-Partei gehabt. In der durch den Aktions-Ausschuss einberufenen Versammlung sei den Erwerbslosen verschwiegen worden, daß Tariflöhne bezahlt werden sollen und daß die bewilligten Brotkarten ein ganzes Brot betreffen. Die SPD-Fraktion sei zwischen den beiden Stadtverordneten-Sitzungen nicht untätig gewesen, was aus den Veröffentlichungen in der Presse zu ersehen sei. Die Gewerkschaften hätten diesmal absichtlich nicht in die Streikbewegung eingegriffen, damit die Verantwortlichen der Aktion auch die Verantwortung bis zum Schluss tragen mußten und nicht wieder wie bei einer früheren Angelegenheit gesagt werden könne, die Gewerkschaften hätten den Streik abgeblasen. Die SPD-Fraktion werde, wie schon immer, weiter alles tun, um das Mögliche für die Erwerbslosen herauszuholen, sie lehne es aber ab, Forderungen zu unterstützen, die nicht durchgeführt werden können und nur als Agitationsanträge gestellt werden. Den Irreführungen und Unorganisiertwerden werde der Weg zur Aufklärung nicht verweigert, es werde ihnen eine Beratung im Büro des NSDAP. nicht verweigert.

Die Belastungen der breiten Masse durch die neue Notverordnung der Papen-Regierung kamen durch auszugswweise Vorträge den Versammlungsteilnehmern so recht zum Bewusstsein. Abbau in allen Zweigen der Sozialversicherung und Aufhebung aller Steuern auf die Masse der Widerbemittelten, sowie Schonung der Besitzenden sei das Ergebnis der Regierungsneubildung; es sei ein Vorzeichen für

den Faschismus. Alle, die bisher immer sagten, „die Arbeiterschaft könne nichts mehr verlieren“, würden noch erfahren, was ihnen noch verloren gehen kann. Ebenso würde die Jugend durch die Arbeitsdienstpflicht ihre Freiheit verlieren. Man möge ja nicht glauben, daß die jetzige Regierung mit den hinter ihr stehenden Kreisen der Hitler-Partei für die Arbeiterschaft etwas übrig habe. Sofern aber noch die Staatsform geändert werde, gehe es um die noch verbliebenen Rechte der Arbeiterschaft. Die Führer der Gewerkschaften sollten nicht immer von der Arbeiterschaft für alles verantwortlich gemacht werden. Jeder Arbeiter müsse bestrebt sein, die Einheit der Arbeiterschaft zu wahren und mitzuhelfen an der Beseitigung des Faschismus, dann würden auch wieder bessere Zeiten kommen.

Der Dezernent des Wohlfahrtsamts, Stadtrat Alfred Kaupke, führte in den

Notstandsetat der Stadtgemeinde

ein und wies auf die erforderlichen Unterstützungsbeträge, sowie auf den bisher ungedeckten Fehlbetrag hin, betonend, daß aus diesem Grunde die Bewilligung von Sonderunterstützungen unmöglich sei. Er sprach ferner über die Einstellung Erwerbsloser zu Tariflöhnen, über Arbeitsregelung und Pensumarbeit und äußerte sich ebenfalls zur Streikangelegenheit. Die Stadtverwaltung sei sich des Ernstes der Lage, welche durch die Kürzung der sozialen Bezüge verursacht wird, voll bewußt, aber es fehlten die notwendigen Mittel zum Ausgleich der Kürzungen.

In der Ansprache

forderte u. a. ein Vertreter der SPD. Massenaaktionen zum Sturz des Faschismus; gegen die Ausführungen des Referenten und dessen Klarlegung des wahren Sachverhalts in der Streikangelegenheit hatte er nichts einzuwenden. Zur Wahrnehmung der Erwerbslosen-Interessen wurde ein Ausschuss aus folgenden Mitgliedern gewählt: Oskar Koball, Richard Laubich, Alfred Hampcke, Artur Adler und Paul Anders.

Die Forderung der Versammlung kam in folgender

Entschließung,

die an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und an die Sozialdemokratische Partei gesandt wird, zum Ausdruck:

„Die heute, am 22. Juni 1932, in der „Reichshalle“ in Grünberg i. Schl. versammelten Erwerbslosen und Rentner haben mit Entrüstung von den neuen Kürzungen in der Erwerbslosen- und Krisenunterstützung sowie der Invaliden-, Angestellten- und Unfallrenten Kenntnis genommen. Sie erklären, daß es ihnen in Zukunft unmöglich ist, mit den gekürzten Unterstützungen auszukommen und wehren sich mit aller Schärfe gegen die einseitige Belastung der arbeitenden Klasse. Von den Zentralinstanzen wird erwartet, daß alle Mittel angewendet werden, um diese Notverordnung aufzuheben, damit allen Unterstützungsempfängern die Existenzmöglichkeit gewährleistet wird.“

Die Pflichtarbeiter-Streitfragen in Grünberg.

Eine Landtags-Anfrage.

Die Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtgemeinde Grünberg in Schlesien beschäftigt ihre Wohlfahrts-erwerbslosen mit Pflichtarbeit. Bei dieser Pflichtarbeit müssen einzelne Wohlfahrts-erwerbslose in der Woche bis zu 45 Arbeitsstunden leisten. Die Höhe der Leistung ist abhängig von der Höhe der ausbezahlten Unterstützung, und da ergibt sich die Tatsache, daß der ledige Erwerbslose weniger Pflichtarbeit leistet als derjenige, der eine kinderreiche Familie zu versorgen hat. Bei Umrechnung auf Stundenlohn erhält der einzelne Pflichtarbeiter 40 Pfg., gleichgültig, ob er Familienmitgliedern gegenüber versorgungspflichtig ist oder nicht. Um die größten Härten zu vermeiden, waren die Wohlfahrts-erwerbslosen an die Stadtgemeinde Grünberg herangezogen, um durch geeignete Vorschläge Abhilfe zu schaffen. Sie forderten:

Für die Pflichtarbeiter hat für die Zeit ihrer Tätigkeit die Zuführung zur Sozialversicherung zu erfolgen. Weiter forderten sie für den Arbeitstag eine Verkleidungs- und Essenzulage von 1 RM. Dazu sollte eine einmalige Wirtschaftshilfe von 8 RM. für die Hauptunterstützungsempfänger, 2,50 RM. für die Frau und 2,00 RM. für jedes Kind gezahlt werden. Außerdem sollte die Pflichtarbeit der Frau eingestellt werden. Die städtischen Körperlichkeiten lehnten diese Forderungen ab. Auf Grund dieser Maßnahme hat ein Teil der Pflichtarbeiter die Arbeit niedergelegt. Am dem darauffolgenden Tag ist es dann zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Bemerkenswert ist, daß die Pflichtarbeiter auch handwerksmäßige, also Schwarzarbeit, auszuführen haben.

Dieser Fall beweist, daß in der Handhabung der Fürsorge keine Einheitsfront besteht. Der Landtag wolle daher beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, folgendes zu veranlassen: 1. Die Pflichtarbeit, wie sie heute in den preussischen Gemeinden ausgeübt wird, ist zu untersagen. 2. Behörden und Gemeinden, die ausgeheuerte Er-

werbslose beschäftigen, sind verpflichtet, diese Arbeitskräfte nach dem zuständigen gültigen Tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu bezahlen und sie für die Zeit ihrer Tätigkeit in der Sozialversicherung anzumelden. 3. Die Pflichtarbeit der Frau ist zu untersagen.

Protest gegen die Schlachtsteuer.

Der Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine e. V. schreibt uns:

Nach allen bisherigen Erfahrungen ist zu befürchten, daß die durch die Preussische Notverordnung vom 8. 6. 1932 eingeführte Schlachtsteuer letztlich wieder den Konsumenten belastet wird. Diese Weiterbelastung der Konsumenten, also erhöhte Fleischpreise, werden nicht nur die Landwirtschaft durch den notwendig folgenden Rückgang im Fleischkonsum schädigen, sondern auch der durch die vielen Entbehrungen unserer Notzeit schon geschwächten Volksgesundheit größten Schaden zufügen. Der Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine erhebt deshalb schärfsten Protest gegen die Schlachtsteuer und richtet an die Preussische Regierung die dringende Bitte, diese Steuer aufzuheben oder alles zu tun, um ihre Ueberwälzung zu vermeiden. Es ist unmöglich, auf der einen Seite Löhne, Gehälter und Pensionen fortlaufend zu kürzen und auf der anderen Seite eine Steigerung der Lebenshaltungskosten herbeizuführen.

Die Fischwirtschaft fordert einen Fischtag

Bremen, 22. Juni. Die Industrie- und Handelskammer in Wesermünde hat beim Reichs Ernährungsministerium angeregt, der Fischwirtschaft eine wirksame Hilfe dadurch zu bieten, daß ein Tag in der Woche zu einem „öffentlichen Fischtag“ erklärt wird. Es wird vorgeschlagen, daß alle in Betracht kommenden Stellen des Heeres, der Marine und der Polizei, ferner Wohlfahrts-Einrichtungen aller Art sowie Gefängnisse und öffentliche Anstalten an dem „Fischtag“ mittags nur Fischgerichte verabsorgen dürfen. Die Handelskammer ist der Ansicht, daß auf diese Weise das Schicksal dieses wichtigen Gewerbebezuges gebessert werden könne.

Zentrums-Kandidaten für Wahlkreis 8.

Bezirksversammlung der Zentrumspartei.

In einer unter dem Vorsitz des Landtagsabg. Dr. Hönig (Liegnitz) abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung am Dienstag nachmittag in Liegnitz stellte die Zentrumspartei für den Regierungsbezirk Liegnitz ihre Kandidaten für die Reichstagswahl am 31. Juli d. J. auf. Nachdem der bisherige Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei des Bezirks, Reichsminister a. D. Dr. Wirth, gebeten hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen, entschloß sich die Vertrauensmännerversammlung zur Aufstellung folgender

Kandidatenliste:

1. Reichskanzler a. D. Dr. Brüning in Berlin,
2. Dr. Schauff in Berlin,
3. Gewerkschaftssekretär und Stadtv. Leuninger in Breslau,
4. Kaufmann Rathmann in Liegnitz,
5. Försterschefrau Münzer in Ruhbank,
6. Freilautsbesitzer Bank in Adelsdorf (Kr. Goldberg-Saynau),
7. Lehrer und Stadtv. Kühn, Schwerkriegsbeschädigter in Beuthen a. D.,
8. Handwerkskammerbüroangestellter Mai in Liegnitz.

Bei Aufstellung der Kandidaten war für die Bezirksversammlung nur eines ausschlaggebend: solche Persönlichkeiten aufzustellen, die zur Hebung der heutigen Notzustände besonders geeignet sind. Dr. Schauff ist Fachmann in Landwirtschafts- und Siedlungsfragen, Gewerkschaftssekretär und Stadtv. Leuninger (Breslau) sieht seine Aufgabe nicht nur im Kampfe für die Rechte der Arbeiter, sondern auch im Ausgleich der Gegensätze aller Stände. So sind alle Berufe und auch die verschiedenen Gegenden des Bezirkes Liegnitz berücksichtigt. Dem Reichsminister a. D. Dr. Wirth, der sich sehr große Verdienste um den ganzen Regierungsbezirk Liegnitz erworben hat, wurde der Dank der Partei des Wahlkreises Liegnitz ausgesprochen.

Vom Kreisverband Grünberg der Zentrumspartei haben an dieser Sitzung Erzpriester Thiel (Kolzig), Pfarrer Stephan (Deuschwarzenberg) und Lehrer Liebig (Grünberg) teilgenommen. Unser Nachbarkreis Freystadt war durch Stadtpfarrer Piwowar (Neusäß) und Stadtv. Kühn (Beuthen a. D.) vertreten.

Lokale Nachrichten.

Grünberg, 23. Juni 1932.

* **Auskunfterteilung der Postämter über Rentenbezüge.** Der Reichsarbeitsminister hat, wie die „Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz“ erfährt, durch einen Erlaß vom 14. Mai 1932 den zuständigen Ministerien der Länder eine Verfügung des Reichspostministers bekanntgegeben, die dieser in Nr. 32 des Amtsblatts des Reichspostministeriums für 1932 veröffentlicht hat. Darin wird angeführt: „Die Träger der Unfall- und der Invalidenversicherung haben die Deutsche Reichspost allgemein ermächtigt, den Fürsorgebehörden Auskunft über die Rentenbezüge der von ihnen unterstützten Hilfsbedürftigen zu geben. Die Auskunftserteilung wird wie folgt geregelt: Die Fürsorgebehörden können jährlich einmal durch eine beamtete Kraft, die mit einem amtlichen Ausweis versehen und dem Postamt vorher namhaft gemacht ist, nach den Zahlungsunterlagen der Postämter feststellen lassen, welche unterstützten Hilfsbedürftigen eine Unfall- oder Invalidenrente durch die Post erhalten. Die Prüfung darf bei jedem Postamt nur durch eine städtische Dienststelle vorgenommen werden. Der Zeitpunkt ist vorher nach den dienstlichen Belangen des Postamts zu vereinbaren. Dem Beauftragten werden in einem geeigneten Dienstraum des Postamts, der eine Verletzung des Post- und Telegraphengeheimnisses ausschließt, die Rentenzahlungsanweisungen vorgelegt. Er muß sich darauf beschränken, im Beisein eines Beamten des Postamts nach seinen eigenen Listen festzustellen, welche der unterstützten Hilfsbedürftigen eine Rente erhalten. Der Beamte des Postamts übermacht besonders, daß die Einsichtnahme auf den Kreis der Rentenempfänger beschränkt bleibt, die von den Fürsorgebehörden unterstützt werden. Die erhaltene Auskunft darf nur für die Bemessung der Unterstützung verwendet werden. Neben der Einsichtnahme in die Zahlungsunterlagen der Postämter sind auch schriftliche Einzelanfragen zulässig. Sie können namentlich bei den im Laufe des Jahres hinzutretenden Unterstützungsempfängern nötig sein. Für jede Anfrage hat die Fürsorgebehörde eine Gebühr von 20 Pfg. zu entrichten. Hierin ist auch die Gebühr für die Ueberendung der Antwort enthalten.“ Der Reichsarbeitsminister bittet die Ministerien der Länder, den Fürsorgebehörden von dieser Anordnung Kenntnis zu geben und dabei besonders zu betonen, daß die Auskunft nur für die Bemessung der Unterstützung verwendet werden darf.

* **Die Kürzung der Invaliden-Renten auf Grund der letzten Notverordnung tritt am 1. Juli d. J. in Erscheinung.** Die Rentenkittungen sind daher bei der nächsten Zahlung (1. Juli) in der abgeänderten Form vorzuliegen. Die Kürzung beträgt bei den Invalidenrenten 6 RM., Witwenrenten 5 RM. und Waisenrenten 4 RM. — Die Kürzung bei den Unfallrenten wird durch die Versicherungsträger selbst vorgenommen.

* **Bevölkerungsbewegung in der Woche vom 12. bis 18. Juni.** Zugang: Geburten 4, zugezogen 23, zusammen 27.



RM. 5000
Bar Preise
auf
einen Kopf
gesetzt!

Preise winken für 5 Minuten Kopfzerbrechen:
Lassen Sie sich im Fachgeschäft kostenlos den erklärenden Prospekt „Kopf zerbrochen!“ geben! Er ist gleichzeitig ein Wegweiser zu gesundem schönen Haar durch „Haarglanz“, die Vervollkommnung moderner Haarpflege. „Haarglanz“ macht das Haar wundervoll glänzend, es läßt sich leichter frisieren. Dauer-, Wasserwellen u. Ondulation halten besser und länger. „Haarglanz“ enthält keine fettenden Bestandteile und ist ärztlich empfohlen. „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.



SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE

vollkommen durch „Haarglanz“

* Der Reichsarbeiterporttag des Grünberger Kreis-sportartells ist mit der Feier des 25jährigen Bestehens des Grünberger Ortsvereins der Freien Turnerschaft zusammengelegt worden.

* Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Grünberg, hatte zu einem gesellschaftlichen Bezirks-treffen der nördlichen Ortsgruppen des Bezirks Niederschlesien am 19. d. M. eingeladen. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und des Anfangs recht trüben Sonntagmorgens waren doch ungefähr 150 Mitglieder aus den Ortsgruppen Glogau, Sprottau und Neuzelle dem Ruf gefolgt. Der Gauvorstand hatte Herrn Wonneberger (Breslau) entsandt. Nachdem die auswärtigen Mitglieder, die teils mit Auto oder Eisenbahn nach unserer Nebenstadt gekommen waren, nach dem Lokal „Reichshalle“ geleitet worden waren, richtete der 1. Vorsitzende der gastgebenden Ortsgruppe, Herr Weiß, herzliche Begrüßungsworte an die Gäste. Dann erfolgte ein Spaziergang durch die Hirtenberg-Kolonie, über die Grünbergshöhe, Schillerhöhe, Köp-tenz und durch die Kleingarten-Kolonie „Nabot“ nach dem Schützenhaus. Nach gemeinsamer Mittagstafel wurde der Spaziergang gegen 2 1/2 Uhr vom Schützenhaus aus über die Kriegerfriedung, Steingarten, Nodelbahn, Friedrichshöhe, Marischfeld fortgesetzt. Dort war beim Reichsbannerkame-raden Eckert (Marischfeld) eine Rastpause eingelegt, bei der sich die Kollegen auf dem dort vom Reichsbanner ange-legten Schießstand in der edlen Schießkunst übten. Gegen 6 Uhr begaben sich die Teilnehmer des Spazierganges nach dem Ring, um am Weinfest teilzunehmen. Die auswärtigen Gäste traten zwischen 8 und 9 Uhr in dem Bewußtsein die Heimreise an, ein paar frohe, gemüthliche Stunden im Ge-sinnungskreis in der Nebenstadt verlebte zu haben.

* Eine Jungarbeiter-Versammlung veranstaltete Mit-wochabend die Hitler-Jugend (H.-J.) im Parkhotel. Sie wurde vom Grünberger Gefolgschaftsführer der H.-J., Herrn Johannes Engel, geleitet. Der Referent, Kreis-propagandaleiter der NSDAP, Herr Liebenau, sprach über das Thema: „Ist das System jugendfeind-lich?“ Er versuchte, diese Frage durch seine Ausführungen zu bejahen. Die Verelendung der deutschen Jugend schrieb er dem Liberalismus und dem Marxismus zu. Liberalis-mus sei Egoismus. Seine Quelle sei die französische Revo-lution von 1798. Der Marxismus verschmübe die Jugend durch internationale Ideen, Gottlosenbewegung und Pazi-fismus. Man wolle dem deutschen Volke den Glauben an sich selbst nehmen, das werde die NSDAP mit allen Mit-teln versuchen zu verhindern. — In der Aussprache melbeten sich Stadtv. K. Raube und Landwirtschafts-tammermitglied Heinrichs (Neuwaldeau). Herr Raube trat für den Klassenkampf ein und entgegnete dem Re-ferenten auf seine Ausführungen. Herr Heinrichs wandte sich gegen den Kommunismus und machte ablehnende Aus-sagen über die Sowjet-Union. Er trat für die christliche Weltanschauung ein. — Im Schlußwort be-schäftigte sich der Referent mit den Ausführungen der Dis-kussionsredner. Die NSDAP lehne den Begriff „Prole-tariat“, den Internationalismus und den Klassenkampf ab. Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Sie war schwach besucht.

* Vereinfachung des kommunalen Gesundheits-wesens in Niederschlesien. Der Schlesische Städtetag, die niederschlesischen Landkreistage und der Landgemeindevorband Niederschlesien haben in ihrer Eigen-schaft als kommunale Spitzenorganisationen einen interkom-munalen Ausschuss für das Gesundheitswesen in Nieder-schlesien geschaffen zwecks rationeller Erhaltung und Ver-einfachung des gesamten kommunalen Gesundheitswesens Niederschlesiens. Zum Vorsitzenden wurde Landrat Kranold (Sprottau) gewählt, zu seinem Stellvertreter der Ge-schäftsführer des Schlesischen Städtetages, 1. Bürgermeister a. D. Salomon (Breslau). In der Tatsache, daß der Chef der Sprottauer Kreisverwaltung zum ersten Vorsitzenden dieser neuen, der Volksgesundheit dienenden Sammelorga-nisation gewählt wurde, darf man eine Anerkennung der organisatorischen Arbeit des Sprottauer Kreisgesundheits-amtes sehen, das unter Leitung von Medizinalrat Dr. Brieger (Sprottau) steht und das wiederholt als vorbildlich anerkannt worden ist.

* Radium-Vortrag. In der „Ressource“ fand Mittwoch-abend ein Vortrag über Herkunft, Gewinnung und Heil-wirkungen des Radiums statt. Er wurde von Dr. Neu-häuser's Laboratorium (Leipzig) veranstaltet. Der Vor-tragende verstand es, seine Zuhörerschaft durch seine allge-meinverständlichen Ausführungen zu fesseln. Er empfahl Radiumkuren: Trink- und Bädakuren. M. V.

* Naturselbstheit. Im Garten des Malerobermeysters Kühne (Niederstraße) zeigt jetzt ein Birnbaum neben den Früchten noch einmal Blüten.

* Ein Verkehrsunfall entstand gestern nachmittag in der Bahnhofstraße. Dort fuhr ein Zülichauer Personen-auto über die Bordkante, wobei ein Baum angebrochen wurde. Das Auto wurde beschädigt und mußte abgeschleppt

Die erste Siedlerschule für Schüler höherer Lehranstalten.

Der Gedanke, Abiturienten und sonstige Schüler höherer Lehranstalten in gleicher Art wie die übrigen Jugendlichen zum Siedlerberuf auszubilden, führte zur Gründung der Siedlerschule in Karlshorst bei Fürstenberg (Mecklenburg-Strelitz). Die Beschränkung des Schülerkreises auf Schüler höherer Lehranstalten hatte ihren Grund in der Erfah-rungstatsache, daß gerade der bisher „geistig“ eingestellte junge Mensch den Uebergang zum Landleben und damit zum Siedlerberuf um so eher fand, wenn er ihn im Kreise Gleichgesinnter und Menschen der gleichen Lebenseinstellung vollzog. Die Leitung der Schule gibt nunmehr ihren ersten Arbeitsbericht heraus. Wenn es auch noch nicht möglich war, in der kurzen Zeit des Bestehens der Schule ab-schließende Erfahrungen zu sammeln, so hat sich doch der grundsätzliche Gedanke der Siedlung unter den Schülern der höheren Lehranstalten als voll und ganz durchführbar erwiesen.

Schwieriger als die Schulung selbst ist die Erfassung der jungen Menschen. Diese scheitert im wesentlichen an dem Widerstand der Eltern gegen etwaige Siedlungs-wünsche der Söhne. Wenn die Notwendigkeit der Rückwan-derung von der Stadt aus Land seitens der Elternschaft grundsätzlich in den meisten Fällen auch bejaht wird, so möchte andererseits doch niemand gerade bei den eigenen Söhnen den Anfang machen. Die Mehrzahl zieht es vor, „erst einmal abzuwarten“ und nimmt vorläufig lieber das Risiko eines Universitätsbesuches auf sich trotz der Gefahr, in dem hier gewählten Berufe später keine Unterkunft zu finden. Bezeichnenderweise stammen auch die meisten Schüler der Abiturienten-Siedlerschule aus den Klein- und Mittelstädten. Der Umwandlungsprozeß innerhalb der Groß-stadtjugend und großstädtischen Elternschaft geht wesentlich langsamer voran.

Der Kreis der jungen Menschen jedoch, der sich trotz all dieser inneren und äußeren Hemmungen in der Siedler-schule Karlshorst zusammengefunden hat, ist darum quali-tativ besonders wertvoll. Mehr oder minder fühlt er sich als Vortrupp einer Idee, deren Ausbreitung am stärksten und nachhaltigsten zum Wiederaufstieg der Volksgemein-

schaft beitragen wird. Die praktische landwirtschaftliche Schulung wird während des Sommers bis zur Zeit der Ernte in der Weise gehandhabt, daß jeder Schüler alle vor-kommenden Arbeiten auf dem Felde, bei der Bestellung und Betreuung der Tiere praktisch ausführen lernt und dabei vor allem zur Selbsthilfe erzogen wird. Die Theorie kommt im Winter zu ihrem Recht. Der theoretische Unterricht er-faßt alle Fächer der Garten- und Landwirtschaft und wird durch akademisch geprüfte Landwirte erteilt. Die einzelnen Lehrgänge erstrecken sich auf zwei Jahre. Die Teilnehmer-gebühr beträgt für jeden Schüler monatlich 75 RM., wofür volle Unterkunft, Verpflegung und jegliche ärztliche und sonstige Betreuung geboten wird. Eine Prüfung vor der zuständigen Landwirtschaftskammer schließt die Ausbildung ab und berechtigt den Siedlungsschüler, falls er sich nicht als selbständiger Siedler betätigen will, zu einer Stellung als landwirtschaftlicher Beamter (Verwalter, In-spektor ujm.).

Die einzelnen Arbeitsgebiete werden den Schülern in je vierwöchentlicher Abfolge zugewiesen. Sie betreiben die Viehbestände, pflügen, säen, legen Kartoffeln, bearbeiten die Getreidefelder, sind im Garten tätig, in den Tischler-werkstätten mit der Herstellung der „Binnenbauten“ für die heranwachsende Schwemperiode beschäftigt; sie lernen eben alles, was ein zukünftiger Landwirt und Siedler kennen und wissen muß. Für die kommenden Sommerferien sind vierwöchige landwirtschaftliche Lehrgänge für die vor dem Abitur stehenden Schüler und Studenten geplant. Diese sollen so Gelegenheit finden, sich möglichst frühzeitig auf ihre Eignung zum Landwirt hin zu prüfen.

Abschließend kann auf jeden Fall gesagt werden, daß die Schwierigkeiten, auch den Abiturienten für den Sied-lungsgedanken zu gewinnen und ihn so einem ohnehin aus-sichtslosen Universitätsstudium zu entziehen, nicht unüber-windlich sind. Von diesem Gesichtspunkt aus verbieten darum die bisherigen ideellen und praktischen Erfolge der ersten Abiturienten-Siedlerschule eine ganz besondere Be-achtung. W.M.A.

werden. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden ge-kommen.

* Das Schwurgericht Glogau begab sich am Dienstag nach Sagan, um im dortigen Stadtverordneten-Sitzungs-saale den Fall Marzinski (Sagan) zu verhandeln. Die Ver-urteilung des Termins nach Sagan war deshalb erfolgt, weil die Abhaltung eines Kofaltermins zu erwarten war, der auch dann stattfand; im übrigen waren mehr als 30 Zeugen zu vernehmen, so daß auch bei der Verlegung nach Sagan die Kostenfrage eine Rolle spielte. Das Schwurgericht kehrte erst gegen 6 Uhr früh nach Glogau zurück. Der angeklagte Malermeister Eduard Marzinski aus Sagan, der von Rechtsanwält Dr. Jakobsohn verteidigt wurde, wurde des vollendeten Totschlags an seiner Ehefrau und des veruchten Totschlags an seinem Stiefsohn, dem Fleischermeister Arnold Schille aus Sagan, bezichtigt. Der Angeklagte kam als rus-sischer Kriegsgefangener nach Deutschland und heiratete 1919 seine Ehefrau, die 2 Kinder aus erster Ehe hatte. Zuerst wohnten die Eheleute Marzinski in Rückenwaldeau und zogen 1923 nach Sagan. Das eheliche Verhältnis verschlech-terte sich von Jahr zu Jahr, die in die Ehe gebrachten Kinder waren der Stein des Anstoßes, besonders war es Arnold Schille, mit dem sich der Angeklagte nicht gut fand. Am 30. Dezember v. J. gab Schille eine Veranlassung zu einem Streit, der zunächst beigelegt wurde. Am Tage dar-auf wurde der Grund des Streits des Vortages nochmals zu einer Auseinandersetzung. Angeblich hatte sich Schille schlecht in der Gesellschaft aufgeführt und soll sich die Ein-mischung des Stiefvaters verboten haben. Die Verstorbene soll dabei Partei für ihren Sohn genommen haben. Dabei geriet der Angeklagte derart in Erregung, daß er mit den Worten: „Ich werde Euch zeigen, was Silvester ist“, einen Schuß aus einem Revolver auf Schille abgab. Frau Mar-zinski flüchtete zusammen mit ihrer Tochter Elli in die eine Etage tiefer gelegene Wohnung ihres Sohnes, worauf der Angeklagte auf seine Frau schob, als diese gerade auf dem Treppenabfah war; dabei äußerte er: „Bist Du noch nicht ruhig?“ Frau Marzinski erlitt schwere innere Verletzungen und starb im Krankenhause, nachdem sie noch durch den Amtsrichter vernommen worden war und erklärt hatte, daß ihr Ehemann auf sie angelegt, also gezielt habe. Der Ange-klagte behauptete, daß der Schuß versehentlich losgegangen sei, als er die Tür schließen wollte. Die Urteilsbesichtigung ergab aber das Gegenteil seiner Schutzbehauptung. Die Verhandlung erbrachte den Beweis der Behauptung der An-klage, daß der Angeklagte sehr jähzig ist und seine Frau wiederholt mißhandelt hat, so daß diese mehrfach Selbst-mordversuche gemacht hat. Das Urteil lautete nach dem An-trage des Anklagevertreters, Oberstaatsanwalts Rahmel,

megen vollendeten und versuchten Totschlags auf 5 Jahre und 6 Monate Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 8 Jahren. Die Unter-suchungshaft wird dem Angeklagten in voller Höhe ange-rechnet. Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Urteilsbegründung besagt, daß die Behauptung des Ange-klagten, er habe versehentlich auf seine Frau geschossen, un-wahrscheinlich sei. Dem jähzigem Menschen sei die Tat auch durchaus zuzutrauen. Die Sitzung war erst gegen 4 Uhr zu Ende. — d.

* Änderungen bei den Gerichten. Vom 1. Juli ab tagen die Jugendgerichte ohne Schöffen. Die Erweiterten Schöffengerichte werden aufgehoben, so daß bei größeren Strafsachen der zweite Richter in Wegfall kommt.

* Hauptgewinne der 22. Volkswohl-Lotterie. Wie uns die Lotterie-Bank Arndt, Breslau 5, Glückwünsche gegenüber Wertheim, mittelt, fielen bei der Ziehung, welche vom 11. bis 18. Mai 1932 auf den 15. bis 21. Juni 1932 verlegt worden ist, die Hauptgewinne auf folgende Nummern: 2mal 50 000 RM. Nr. 732 733; 2 Prämien 25 000 RM. und je 500 RM. Nr. 95 691; 2mal 15 000 RM. Nr. 724 975; 2mal 10 000 RM. Nr. 613 818; 2mal 5000 RM. Nr. 248 015, 569 774; 2mal 1000 RM. Nr. 97 645, 305 965, 345 432, 394 218, 409 605; 2mal 500 RM. Nr. 17 640, 95 691, 219 806, 350 260, 479 428, 546 493, 588 148, 645 700, 728 944, 760 778.

Kultusminister Grimme an Johannes Schlaf.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Kultusminister Grimme an Johannes Schlaf folgenden telegraphischen Glückwunsch gerichtet:

„In Ihrem 70. Geburtstag werde ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus. Ihr Werk — entstanden im leidenschaftlichen Suchen nach neuen Ausdrucksformen — wird in der Geschichte der deutschen Literatur, in der Sie eine neue Periode haben heraufführen helfen, unvergessen bleiben.“

Berbilligung der Flugpreise während der Ferienzeit.

Berlin, 22. Juni. Für die bevorstehende Reisezeit hat sich die Deutsche Luft-Hansa dem Vorgehen der Reichs-bahn durch eine erhebliche Berbilligung der Flugpreise an-geschlossen, sofern für Hin- und Rückreise die Flugtickets gleichzeitig gelöst werden. In diesem Fall gewährt die Luft-Hansa, die bereits früher den wirtschaftlichen Verhält-nissen durch eine Senkung ihrer Tarife Rechnung getragen hat, vom 27. Juni bis 15. Oktober auf nahezu allen inner-deutschen und von Deutschland ausgehenden Auslandsstrecken eine 30prozentige Ermäßigung für den Rückflug.

Das Johanniskraut.

Von den verschiedenen Arten des Johanniskrautes ist das durchlöchernte Johanniskraut oder Hypericum perforatum bei uns am meisten verbreitet. Den Namen Johanniskraut hat es erhalten, weil es seine goldgelben Blüten um die Zeit des Johannistages hinausstreckt. Wenige andere Pflanzen sind so mit dem Pflanzenfult verbunden wie das Johanniskraut. Es trägt auch die verschiedensten Namen. In manchen Gegenden heißt es Johanniskraut und Eisen-blut, in anderen Teufelskraut und Teufelskraut. In Bayern wird es Blutkraut genannt, in der Eifel heißt es Hergettsblume oder auch Hergettswunderkraut, in der Schweiz wird es Hexenkraut genannt, in Schlesien Jäger-tenfel. Das Johanniskraut ist im Volksglauben zugleich Liebes- und Lebensorakel, Saugkraut und Heilmittel. Aus dem Saft des Johanniskrautes wurden früher häufig Liebes-tränke hergestellt; Kugeln, die mit dem Saft dieses Krautes befrachten werden, sollen nie fehlgehen. Ein Wildbiß oder Sämnagel, der dieses Kraut auf der Brust trägt, soll nie ertappt werden, ein Kranz davon, in der Johannismacht auf das Dach geworfen, soll vor Blitzschlag und Feuer schützen. In früheren Zeiten hieß es auch, daß alle Teufel, Hexen und bösen Geister vor einem Johanniskrautstrauß fliehen müssen, daher auch die Namen Teufelskraut und Hexenkraut. Blüten des Krautes, in der Johannismacht gepflückt, und in das Portemonnaie gesteckt, sollen das ganze Jahr das Geld nicht ausgehen lassen. In Schleswig-Holstein stellen sich die Landdlente aus dem Saft des Johanniskrautes auch ein Ge-trränk her, das gut gegen Leibschmerz ist. Dabei heißt dort die Pflanze auch nur die Tiefwehblom, die Leibwehblume.

**Veruhfame
Urlaubsstunden
am ländlichen See**



Die Reichsschuld 1932.

Rund 10,5 Milliarden RM.

Im Haushalt der Reichsschuld für das Rechnungsjahr 1932 sind für die Verzinsung der Reichsanleihen und der kurzfristig aufgenommenen Mittel erheblich höhere Beträge als im abgelaufenen Rechnungsjahr in Ansatz gebracht worden. Zunächst erfordert die Verzinsung der Reichsanleihen ein Mehr von rund 2,4 Milliarden RM., da aus Anlaß der Bankensanierung Schabhanweisungen gegeben werden mußten, deren Zinsen erstmals im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 in Erscheinung treten. Sodann ist der Anlaß für die Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse aufzunehmenden Mittel, der in den letzten Jahren unzureichend war, dem voraussichtlich wirklichen Bedarf entsprechend erhöht worden.

Der Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank ist für das Rechnungsjahr 1932 auf 20 Millionen RM. geschätzt. Aus diesem Grunde konnten als Leistung an den Tilgungsfonds zur Einziehung der umlaufenden Rentenscheine ebenfalls nur 20 Millionen RM. in Ansatz gebracht werden.

Der Tilgungsfonds für die Einlösung der Auslosungsrechte der Anleiheablosungsschuld des Deutschen Reiches soll in Höhe des Betrages, der erst in späteren Jahren zu verausgaben ist, wie im Vorjahr durch Zuführung von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, die sich im Besitz des Reiches befinden, gespeist werden. Der im Rechnungsjahr 1932 nicht zu verausgebende Betrag beläuft sich auf 29,6 Millionen RM.; es konnte daher der nach dem Tilgungsplan jährlich aufzuwendende Betrag von 240 Millionen RM. um 29,6 Millionen auf 210,4 Millionen RM. ermäßigt werden.

Im Haushalt der Reichsschuld werden zur Gewährung von Vorzugsrenten an Inhabern von Auslosungsrechten der Anleiheablosungsschuld 66,7 Millionen RM. angefordert. Es muß für das Jahr 1932 noch mit rund 555 000 Rentenfällen gerechnet werden.

Nach dem Gesetz über Schuldentilgung vom 23. Oktober 1930 sind in die Reichshaushaltspläne für 1931 bis 1933 jährlich mindestens je 420 Millionen RM. einzustellen. Das ist auch diesmal geschehen.

In der Anlage zum Haushaltsplan wird ein Uebersicht über den Stand der Reichsschuld am Ende des Jahres 1931 gegeben. Daraus geht hervor, daß die auf Reichsmark bezw. Goldmark lautende Schuld rund 7778 Millionen RM. betrug. Dazu kommt die auf fremde Währungen lautende Schuld in Höhe von 2729 Millionen RM., so daß die gesamte Reichsschuld 10507 Millionen RM. beträgt. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind in dieser Uebersicht außer Betracht gelassen.

Berringerung der kommunalen Schullasten.

Wie vom Verband der Preussischen Landgemeinden mitgeteilt wird, ist es gelungen, einen gewissen Ausgleich von Härten bei der Belastung der Gemeinden in Preußen mit Schullasten herbeizuführen. Bekanntlich müssen die Schulverbände für jede Lehrerstelle Beiträge in die Landeshaushaltskasse in Preußen zahlen. Dieser Beitrag betrug bisher monatlich für eine normale Lehrerstelle 120 RM. Er ist nunmehr mit Wirkung vom 1. Juli 1932 auf 115 RM. herabgesetzt worden. Auch hinsichtlich der kürzlich verteuerten Lehrerinnenstellen sowie der sog. Mehrstellen ist eine nicht unwesentliche Ermäßigung der Beitragsätze ab 1. Juli d. J. erfolgt. Die Herabsetzung war u. a. auch möglich durch die Gehaltskürzung der Lehrer.

Was diese Ermäßigung praktisch bedeutet, geht daraus hervor, daß sie für alle Gemeinden in Preußen rund 8 1/2 Millionen RM. beträgt. Da von den vorhandenen Schulstellen etwa die Hälfte auf Landgemeinden fällt, bedeutet die

Senkung für die Gesamtheit der ländlichen Schulverbände im Etatsjahr 1932 rund 4 Millionen RM. Genau berechnet beträgt der monatliche neue Beitrag je Schulstelleneinheit 114,8 RM. Da dieser Beitrag auf 115 RM. aufgerundet ist, ergibt sich also eine kleine Reserve von rund 500 000 RM. für die Landeshaushaltskasse.

Die neue Salzsteuer.

Der mutmaßliche Jahresverbrauch an Speisesalz wird unter Annahme eines Verbrauchs von 8 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung auf rund 5 Millionen Doppelzentner geschätzt. Diese Menge ergibt bei einem Steuerfuß von 12 RM. je Doppelzentner einen Jahressteuerertrag von rund 60 Millionen RM. Da für die Salzsteuer aber nur 7 1/2 Monate in diesem Jahre angesetzt werden können, wird der voraussichtliche Ertrag auf 40 Millionen RM. für 1932 geschätzt.

Entschliebung der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer.

München, 22. Juni. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer, der hier eine Sitzung abhält, erklärt in einer Entschliebung u. a., die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer fordere alle in Frage kommenden Instanzen auf, mit ihr gemeinsam dafür Sorge zu tragen, daß die Reichsbahn nicht in fremde Hände gegeben, sondern von den Reparationslasten befreit und in die unmittelbare Verwaltung des Reiches zurückgegeben werde.

Berücksichtigte Einreiseforderungen für Portugiesisch-Angola.

Die Einwanderung nach Portugiesisch-Angola ist nach den neuerlich ergangenen Bestimmungen nur Personen gestattet, die sich vorher vertraglich eine Stellung gesichert haben. Ausländer, die sich niederzulassen beabsichtigen, müssen den Nachweis führen, daß sie über ein in der Kolonie bei einer Bank eingezahltes Guthaben von 500 Pfund Sterling Gold verfügen. — In dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika ist von dem Einwanderer nur ein Betrag von 1000 bis 2000 Reichsmark nachzuweisen. Gute, ausgebaut und eingezäunte Farmen sind in Südwestafrika jetzt zu einem Preise von 4,50 bis 8 Reichsmark je Hektar zu kaufen.

Deportationen aus Kanada.

Mit der Heimförderung von Ausländern sind die kanadischen Behörden schnell bei der Hand. Wer arbeitslos geworden, Wohlfahrtsfürsorge in Anspruch nehmen muß, läuft Gefahr, nach dem Herkunftslande abgeschoben zu werden. Im letzten Jahre wurden 6582 Personen nach Europa zurückgeschickt, davon waren weit mehr als die Hälfte (3937) Engländer. Ferner waren darunter 335 Polen, 242 Tschechen, 21 Finnländer und nur 210 Deutsche.

Ungarn

Bietet trotz seiner wenig günstigen Wirtschaftslage noch hier und da Arbeitsgelegenheiten für Deutsche, insbesondere für einige weibliche Berufe. Allerdings pflegt infolge der schwankenden Währung die Entlohnung von Lehrerinnen, Erzieherinnen, Kindergärtnerinnen u. dergl. nicht sehr reichlich zu sein, auch werden Bewerberinnen auf schriftlichem Wege nicht zu einer Anstellung dieser Art gelangen, sondern in der Regel nur nach persönlicher Vorstellung. Näheres durch die Auswandererberatungsstelle Breslau 5.

Reichsdeutsche Siedler in Rürten.

Seit einem halben Jahrzehnt haben sich in der österrheinischen Südmark reichsdeutsche Landwirte angekauft, bis Ende 1931 insgesamt 132 Familien. Ihr Gesamtbesitz beträgt 3212 Hektar, so daß also der durchschnittliche Umfang eines Hofes annähernd 100 preussische Morgen beträgt. Die Steuerbelastung der Landwirtschaft ist in Oesterreich geringer als im Reich.

Walther Rathenau.

1922 — 24. Juni — 1932.

Zum 10. Male jährt sich der Tag, an dem Walther Rathenau von den Engeln einer satisfizierten Jugend fiel. Noch immer führt das deutsche Volk den Kampf um sein Recht, seine Gleichberechtigung, kämpft es um sozialen Ausgleich, soziale Gerechtigkeit. Und wieder ist das deutsche Volk in seinen Leidenschaften aus tiefer innerer und äußerer Not aufgewacht. In dieser Not sucht es Führer, deren Kräfte gespeist sind aus den Quellen, aus denen allein Kraft kommen kann: aus Religion und Volkstum, aus lebendiger Tradition und geschulter Geistigkeit. Verzweifeltes Suchen führt leicht zu Täuschungen und Enttäuschung. Worte gelten für Taten, Gesten für Stärke und Kraft. Aber in gleichmäßiger Klarheit leuchtet über dieser Unruhe der Wille derer, die sich der Quellen ihrer Kraft bewußt sind und von ihnen her die Gestaltung ihres Daseins vornehmen.

Darin liegt auch Rathenaus Größe, seine Bedeutung für das Deutschland von heute und insbesondere für die Jugend. Darin liegt die feste Geschlossenheit seiner Persönlichkeit, die klare Linie seiner politischen Haltung, das sichere Urteil über Zeit, Erscheinungen und Menschen begründet. Politisches Leben aber zeugt keinen neuen politischen Geist, sondern dieser Geist kann nur entstehen aus innerer Gebundenheit, aus verinnerlichter Erkenntnis und aus einem Willen, der sich seiner Verantwortung vor Volk und Nation bewußt ist. Das lebensvolle und starke Bild dieses Mannes soll vor den Augen derer entstehen, denen menschliche Größe, Mut und Hingabe noch hohe Werte sind.

War Rathenau in sich stark zettgebunden in Wirken und Schaffen, so tritt in seinen philosophischen und sozialen Gedankengängen die Verbindung scharfer Intellekts mit einer feelfühnen Kraft hervor, die sein Urteil mitbildete und es zu mehr als bloß zeitbestimmter Kritik machte. Seele ist Kern alles Seins, — und je stärker, je ungebrochener sie aus dem Menschen spricht, um so einfacher und volkhafter ist dieser Mensch. Das war Rathenaus unerfüllte Sehnsucht. Er konnte sein seelenmäßiges Empfinden erst durch die Ueberprüfung des Intellekts anderen mitteilen, so wie alle, die mit Kultur überladen sind und um viele Dinge wissen, um Schwächen und Notwendigkeiten, und selbst nicht die Kraft haben, freier Mensch werden zu können. Das ist Rathenaus Größe und Schwäche zugleich. Das wußten, die ihn liebten und in ihm den Mann sahen, der in sich vereinigte, „was seine Zeit an Wert und an Gedanken, an Ethos und Pathos in sich barg“.

Vor uns steht Walther Rathenaus Bild als das eines Menschen, der befeelt war vom Willen, erfüllt war vom Geist der Ueberwindung aller Schwere. Der Gedanken der Entpersönlichung des Besitzes, von der Autonomisierung und Verfachlichung des Unternehmers gehört in Rathenaus Weltbild ebenso wie seine Forderung, daß jeder Deutsche seine geistigen und körperlichen Kräfte so auszunutzen habe, wie es das Wohl der Gesamtheit verlangt. Das sind nur angedeutete Linien, die bis zur Kontrolle des Reiches für alle Wirtschaft führen, soweit sie „die allgemeine deutsche Volkswirtschaft“ angeht. Es gilt dieses Erbe fruchtbar zu gestalten, den Weg zu gehen, den er zum Volksstaat wies und den er wie Raumann allein auf nationaler und sozialer Grundlage schaffen wollte.

Oberforstmeister von Bomhard aus Frankreich ausgewiesen?

Paris, 22. Juni. Wie dem „Journal“ aus Metz berichtet wird, hat die Polizei gegen Oberforstmeister von Bomhard einen Ausweisungsbefehl erlassen. Nach anderen Meldungen soll Frau von Bomhard mit den Kindern nach Deutschland zurückgekehrt sein, während der Oberforstmeister in Haft gehalten wird.

Die vom Fliederhaus

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Fouchtwanger, Halle (Saale) 1931

126

Er mußte Rücksicht haben. Es war schon gut genug, daß Berene so unglücklich war, denn dann stand kein noch so leichtsinniges Versprechen im Hintergrunde.

„Kommen Sie doch ins Haus!“ bat Melenthin nach einer Weile.

Bortlos folgte Berene ihm.

Er stand dann längere Zeit am Sager der toten Frau, die er sehr hoch geschätzt hatte. Aber trotz aller Hochschätzung war es ihm doch in letzter Zeit erschienen, als sei sie kein wertvoller Bundesgenosse für ihn im Kampfe um das schöne kleine Mädel.

Als er dann wieder unten im Wohnzimmer mit Berene und der alten Marie saß, erbot er sich, ihnen noch verschiedene Wege abzunehmen. Er sagte, daß es für Berene schließlich doch wohl besser sei, wenn sie während der ganzen traurigen und immerhin sehr aufregenden Tage zu Pastor überfiele.

Berene aber wehrte entschieden ab.

„Ich bleibe hier!“

Das klang so fest und bestimmt, daß er nichts mehr dagegen sagte.

Aber er dachte, daß doch die Frage, wo Berene von nun an zu bleiben habe, sowieso aufgerollt und beantwortet werden müsse. Aber in dieser Beziehung konnte er sich wahrscheinlich ganz und gar auf Tante Pastor verlassen.

Und wenn Berene erst bei ihr war — wo sollte sie sonst auch hin — dann würde das Weitere über Berene bald genug entschieden werden. Tante Pastor hatte so eine Art, sich die Menschen sehr schnell gefügig zu machen. Das also würde sich alles wunderschön regeln lassen.

Sobald stand doch wohl jetzt fest, daß Berene nicht

glücklich war, denn wie hätte sie sonst diese entscheidenden Worte sprechen können?!

Oberförster Melenthin blieb noch ein Stündchen. Die Unterhaltung schleppte sich aber nur mühsam weiter, und Melenthin ging endlich.

Kalt und unbeweglich ruhte Berenes Hand in der seinen. Er verstand nicht einmal, was sie sagte.

Die alte Marie brachte ihn hinaus. Sie kämpfte schwer mit sich, ob sie ihm erzählen sollte, daß der Graf, der vertraute Graf, Berene auf seinen Armen bis vor das Fliederhaus gebracht, daß sie sich geküßt hatten!

Aber dann ließ sie es sein. Sie wußte auch nicht mehr in all den Aufregungen, was nun eigentlich recht und unrecht war. Der Herr Oberförster würde doch der Mann Berenes werden! Also hätte er das Fürchtbare eigentlich erfahren müssen. Wiederum aber war sie doch ihrer jungen Herrin die Treue schuldig. Und so schwieg Marie eben.

Da, am Tor, wandte sich ihr der Oberförster schroff zu: „Marie, Graf Eschweiler brachte Fräulein Berene heute nach Hause. Haben Sie etwas Auffälliges bemerkt?“

„Ich weiß doch nicht. Er hat sie getragen. Und ...“

„Und?“

„Sie haben sich geküßt.“

Der Oberförster schüttelte Marie bei den hageren Schultern.

„Ueberlegen Sie sich, Marie, was Sie sprechen“, leuchtete er.

Sie nickte traurig.

„Ich werde doch nicht lügen? Mir ist der Schreck darüber doch auch in alle Glieder gefahren.“

„Es ist gut, Marie. Was nun werden soll, weiß ich noch nicht. Ich kann doch eine Frau nicht heiraten, die sich von dem Grafen küssen läßt.“

O Gott, ich alte dumme Person, dachte Marie verzweifelt. Jetzt habe ich dem Kinde noch die gute Partie verscherzt. Aber ich mußte es doch sagen.

Der Oberförster reichte ihr die Hand.

„Leben Sie wohl, Marie, und passen Sie ein bißchen auf. Ich komme morgen früh wieder herüber.“

Etwas schwerfällig stapfte er davon.

Marie aber dachte: So ein guter Mann! Was hat das Kinde nur gedacht, daß es sich von dem Grafen küssen ließ? Ist es denn wirklich Wahrheit, daß er alle Frauen begehrt? Denn was will er denn? Heiraten kann und darf er sie ja nie! Deshalb mußte er nun gerade jetzt zurückkommen und dem Kinde die gute Partie verscherzen?

Marie sah dem Förster noch ein Weilchen nach. Dann fiel ihr Blick auf den verwirklichten Garten.

Was hoch ein einziger Tag alles bringen konnte!

Auseinander geborsten lag der große alte Fliederbaum auf dem Rasen links vom Hause. Es war der, der die großen, dunkelblauen Dolben trug. Der Lieblingsbaum der toten Herrin! Nun war er mitgestorben. In der Sonne richteten sich die Dolben in die Höhe.

Dufteten und dufteten!

Langsam ging Marie ins Haus zurück.

Graf Eschweiler hatte am nächsten Morgen im Bad gewartet. Zwei Stunden lang! Aber Berene war nicht gekommen.

Angst war in ihm. Angst um das holde kleine Mädchen. War sie krank geworden? Ein Wunder wäre es nicht auf all die Aufregungen.

Unschlüssig war er immer noch eine Viertelstunde hin und her gegangen.

Berene kam nicht!

Der Graf ging dem Ausgang des Bades zu. Und da kam ihm von einem Seitenweg der Oberförster Melenthin entgegen.

Der Graf erwiderte freundlich den höflichen Gruß.

Melenthin blickte verlegen vor sich nieder, dann sagte er: „Herr Graf verzeihen, ich muß heute einige Gänge besorgen. Die Holzfäller wissen jedoch trotzdem Bescheid.“

„Ich war heute früh schon zeitig draußen. Es ist — Frau Doktor Beringer ist gestern verstorben und — da nehme ich Fräulein Berene Beringer Verschiedenes ab. Zumal — zumal — sie — ja meine Braut ist.“

(Fortsetzung folgt)

Eine neue Aera im Gasfach.

Von der Tagung der Gas- und Wasserfachmänner.

Vor einigen Wochen fand bekanntlich in Essen die 73. Jahresversammlung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern e. V. statt.

Nach der Begrüßung der Versammelten durch den Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht, der seiner besonderen Freude über die in der Tagung zum Ausdruck kommende Einigung zwischen Eigengaszeugern und Ferngaslieferern Ausdruck gab, erstattete der Vorsitzende, Direktor Müller-Hamburg, einen aufsehenerregenden Jahresbericht.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Wirtschaftszweigen hat sich das deutsche Gasfach während der Arie als äußerst widerstandsfähig erwiesen. Der Gasabsatz hat im letzten Jahr nur um etwa 3,3 Prozent nachgelassen, während der Koks glatten Abfall fand, stellenweise sogar nicht in genügenden Mengen beschafft werden konnte. Dem gegenüber blühten feste Brennstoffe über 10 und Elektrizität sogar über 12 Prozent ihres Umsatzes ein. Aus ihrer Wirtschaftslage aber erwachte den Gaswerken auch die Verpflichtung, für sachgemäße Weiterentwicklung der Betriebe besorgt zu sein, und man könne nur hoffen, daß die öffentliche Hand, die an verschiedenen Stellen bei ihren Gaswerken eine gewisse Raubbauwirtschaft zu treiben beginnt, davon rechtzeitig abstehe, um nicht einen der ganz wenigen gesunden Zweige unserer Volkswirtschaft zu schädigen oder zum Erliegen zu bringen. Die innere Gemeinschaftsarbeit im Gasfach, die mit der Essener Tagung als Auftakt eingeleitet wurde, sei dazu bestimmt, der Wirtschaftperiode, die mit der heutigen Alltagskrisis ihr Ende erreicht habe, eine neue Aera großen Aufstiegs folgen zu lassen. Das Gasfach werde, wie es bisher eine ruhige und vorläufige wirtschaftliche und technische Entwicklung betrieben habe und zwischen Mode-

schlagworten und technischen Modeströmungen seinen geraden Weg gegangen sei, sich auch rechtzeitig und gründlich auf den großen Umformungsprozeß des technischen und wirtschaftlichen Denkens einstellen, der sich für die kommenden Jahre und Jahrzehnte im neuen Europa abzeichnet. Den großen, in der Vergangenheit des Gasfachs gelösten Aufgaben würden noch weit größere der Zukunft folgen, an deren Lösung schon jetzt mit sichtbaren Erfolgen gearbeitet werde. In der Gastechnik seien es die großen Aufgaben neuerzeitlicher Reinigung, Tiefkühlung, Druckerhöhung und Entgiftung, die man angegriffen habe, im Rahmen der Bauwirtschaft gelte es weitere planvolle Zusammenarbeit mit den Architekten und Baufachkreisen, für Gewerbe und Industrie gäbe es noch ausrichtsrichte Gasverwendungsmöglichkeiten, für die durch entsprechende Gerät- und Tarifgestaltung zu wirken sei.

Im Rahmen seines Berichtes vollzog der Vorsitzende dann die Verleihung der höchsten Auszeichnung des deutschen Gasfaches, der Dunsen-Pettenkofer-Ghrentafel, an Generaldirektor Dr. Ing. e. h. Lenze von den Thyssen'schen Gas- und Wasserwerken in Hamborn. Es folgten Vorträge.

Das technische Programm brachte für das Gasfach Schilderungen aus dem Großgasereibetrieb, dem Braunkohlenvergasungsbetrieb und der Entwicklung des gewerblichen und industriellen Gasabfuges, für das Wasserfach eine außerordentlich gründliche Gesamtdarstellung der Wasserwerkverordnungsverhältnisse im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet.

Ende Mai traten die Tagungsteilnehmer zu einzelnen Studiengruppen zusammen, die ein ausgedehntes technisches und wirtschaftliches Besichtigungsprogramm im ganzen Ruhrgebiet zu erledigen hatten.

Unregelmäßigkeiten bei der Bauparlaste Thüringia, A.-G.

Abberufung des Gesamtvorstandes und des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Bei der Bauparlaste Thüringia A.-G. in Eisenach hat, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, eine Revision des Reichsaufsichtsamts zur sofortigen Abberufung des bisherigen Gesamtvorstandes und des Aufsichtsratsvorsitzenden, sowie zur Abberufung eines Regierungsvertreters in die neue Geschäftsleitung geführt. Zur Wahrnehmung der Interessen der mehr als 17000 Bauparlasten hat sich die Schutzgemeinschaft der Thüringia-Bauparlasten in Eisenach (Bahnhofstr. 59a) gebildet, die u. a. die Geschäftsführung der bisherigen Leitung und die Negrefrage unteruchen will. Die Bauparlasten sollen nach vorläufigen Angaben zusammen 130 bis 135 Mill. RM. betragen. Zugeweiht sollen nach bisherigen Ermittlungen nur 2050000 RM. sein, während nach sachmännlicher Ansicht mindestens 4 Millionen RM. zugeweiht sein müßten. Der Fehlbetrag wird nach einem Rundschreiben der Schutzgemeinschaft auf mindestens 1 Mill. RM. geschätzt. Dem Vorstand wird vorgeworfen, daß er anstatt der ihm zustehenden 30000 RM. etwa 90000 RM. entnommen habe. Ferner sollen außerhalb des Programms heute als dubios zu bewertende Darlehen an Verwandte gegeben worden sein, während alte Sparer unberücksichtigt geblieben sind. Vertreter, die den „übelsten Kennungs“ genießen, sollen große Darlehen erhalten haben.

Wieder ein Riesenbetrugsprozeß.

Ueber 200 deutsche Firmen geschädigt.

Vor der Düsseldorf Großen Strafkammer begann am 20. d. M. ein Prozeß, in dem 33 Personen, von denen allerdings einige wegen Krankheit und anderer Gründe noch nicht vor Gericht erschienen waren, wegen Betruges, versuchten Betruges und Untreue angeklagt sind. Die Angeklagten sind fast alle Kaufleute und waren meist Vertreter. Viele von ihnen sind vorbestraft.

Sie werden beschuldigt, 1925 bis 1931 über 200 deutsche Firmen in zahlreichen Fällen dadurch um viele Tausende Reichsmark geschädigt zu haben, daß sie sich an Stammtischen, an denen sie sich täglich zum Umtrunk trafen, gegenseitig Aufträge erteilten, obwohl sie bereits seit Jahren mittellos waren und meist den Offenbarungseid geleistet hatten. Die Vertreter leiteten die Aufträge an ihre Firmen weiter und erhielten sofort die Hälfte der Provision. Die Besteller bekamen die Ware, die in fast allen Fällen sofort weiter veräußert wurde, ohne daß die Firmen einen Pfennig Geld sahen. Außerdem bestellten die Angeklagten, die man nach dem Hauptangeklagten, dem 51-jährigen Kaufmann Edmund Klöckner aus Düsseldorf scherzhaft den „Klöckner-Konzern“ genannt hat, bei Spezialgeschäften alle möglichen Dinge. Beim Abschluß zahlten sie eine kleine Rate an und verkauften die Ware sofort weiter, ohne die später fälligen Ratenzahlungen zu leisten. Außerdem zogen sie in vielen Fällen auf sich Wechsel, die nicht eingelöst wurden, und schließlich betätigten sie sich noch im Versicherungswesen, wobei sie teilweise als Agenten und teilweise als Versicherungsnehmer auftraten.

Der Prozeß dürfte einige Wochen dauern.

Der Sklarek-Prozeß.

Nochmalige Beweisaufnahme wegen des Angeklagten Luding. Nicht Willy, sondern Max.

Berlin, 21. Juni. Gestern wurde noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten, um die Beschuldigungen gegen den Angeklagten Buchprüfer Luding in Einzelpunkten weiter zu klären. Bei dieser Gelegenheit kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen dem Angeklagten Willy und Leo Sklarek auf der einen und dem Mitangeklagten Buchhalter Tuch auf der anderen Seite. Als der Vorsitzende Tuch fragte, auf wessen Veranlassung er Luding die extra zu Buchprüfungszwecken hergestellten Bücher vorgelegt habe, und Tuch Willy Sklarek nannte, rief Willy Sklarek in höchster Erregung: „Das ist nicht wahr. Sie sind ein Lügner, Herr Tuch, ich werde die Beweise dafür bringen, daß es Max gewesen ist und daß es sich bei Ihrer Behauptung nur um einen Rauecht handelt.“ Auch Leo Sklarek unterstützte seinen Bruder in diesen Behauptungen. Rechtsanwält Dr. Gafé, der Verteidiger Tuchs, erklärte, daß sein Mandant sich dadurch beschwert fühle, da die Sklareks im Laufe der Verhandlung ihn andauernd zu beeinflussen versucht hätten, daß er die Alleinladung auf Max Sklarek schieben solle.

Heute begannen die Plädoyers für die Stadtbankdirektoren. Für den Angeklagten Stadtbankdirektor Hoffmann sprach Rechtsanwalt Walter Vahn, der einleitend ein Lebensbild Hoffmanns zeichnete, den er als eine Gelehrtennatur und eine Malerpersönlichkeit nach Art von Epsteinweg charakterisierte. Hoffmann sei von Hause aus kein Bankfachmann, er sei nie an der Börse und den Sklareks zweifellos nicht gewachsen gewesen. Der Verteidiger kam zu dem Schluß, daß Hoffmann überhaupt keine Pflichtwidrigkeiten begangen habe, sondern daß die Schuld bei den unteren Drangenen der Stadtbank und bei den Sklareks gelegen hätte. Er bestritt überhaupt in längeren Ausführungen, daß der Angeklagte Hoffmann von den Sklareks Anwendungen erhalten hätte und wandte sich gegen die Ausführungen eines Sklarek-Verteidigers, daß es ein Tendenzurteil wäre, wenn die Stadtbankdirektoren freigesprochen würden.

Lesen Sie das Grünberger Wochenblatt!

Budapest hat seine „Substoff-Affäre“.

Budapest, 21. Juni. Der zweitgeborene Sohn des Sultans Abdul Hamid, Prinz Abdul Kadir, der seit Beginn seines Exils in Budapest wohnt und dessen Affären seinerzeit die Deffentlichkeit lebhaft beschäftigt hatten, erschien heute nacht beim hiesigen Polizeipräsidenten, um gegen seine Gattin, die Prinzessin Medjidje, mit der er in Scheidung lebt, Anzeige zu erstatten. Die Prinzessin wurde ihm vor Monaten durch einen Motorradhändler entführt und wohnt zurzeit bei der Besitzerin eines Nachtlokals, mit der sie demnächst gemeinsam eine Bar eröffnen will. Wie der Prinz erfahren hat, gebeknt die Prinzessin bei der Benennung dieses Unterhaltungslokals den kaiserlich-ottomanischen Titel ihres Gatten zu benutzen. Kaiserin verlangte nun der Sultanjohn den Schutz der Polizei, und ganz Budapest ist gespannt, wie sich diese Affäre der türkischen Substanz weiterentwickeln wird.

Volkswirtschaft

Ämtliche Erklärung betr. Gelsenkirchen.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Bei der Transaktion betreffend Gelsenkirchen handelt es sich um ein Geschäft, das von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich persönlich im Laufe dieses Frühjahrs vorbereitet und durch einen von ihm am 31. Mai 1932 für das Reich unterzeichneten Vertrag zum Abschluß gebracht worden ist. Die neue Regierung hat dieses Abkommen vorgefunden. Anlaß, die Rechtsgültigkeit zu bezweifeln, besteht nicht.

Deutsche Eisenbahnwaggons für Litauen.

Das litauische Verkehrsministerium hat dieser Tage von deutschen Waggonfabriken sechs neue Personenwaggons geliefert erhalten. Die Presse äußert sich über die Lieferung außerordentlich Anerkennend und lobt insbesondere die Bequeme und hygienisch einwandfreie Ausstattung der Wagen.

Ablgang polnischer Eierausfuhr nach Deutschland.

Im Laufe der ersten 4 Monate d. J. hat Polen insgesamt 11000 Doppelpentner frische Eier nach Deutschland ausgeführt, gegenüber 31000 Doppelpentnern im gleichen Zeitraum des v. J. Das ist besonders auf die Zollermäßigungen zurückzuführen, die Deutschland den Staaten gegenüber anwendet, mit denen es Handelsverträge abgeschlossen hat.

Berliner Produktenbörse vom 22. Juni. Weizen fester, märkischer, Durchschnittsqualität, vereinzelt Auswuchs- und Schmachtkorn ist zulässig, 75-76 Kilogramm, ab Station 252.00-254.00; Roggen ketig, märkischer, 72-73 Kilogramm Durchschnittsqualität ab Station 185.00-187.00; Futter- und Industrieernte 162.00-172.00; Hafer fester, märkischer, ab Station 157.00-161.00, feinste Qualität über Notiz; Weizenmehl, 100 Kilogramm, frei Berlin, brutto inkl. Sack, feinste Marken über Notiz, 30.75-34.75; Roggenmehl, 100 Kilogramm, frei Berlin, brutto inkl. Sack 0/1 (0-70 Prozent) 25.10-27.10; Weizenkleie frei Berlin 9.90-10.50; Roggenkleie frei Berlin 10.10-10.50; Viktoriaerbsen 17.00-23.00, feinste Sorten über Notiz; kleine Speiseerbsen 21.00-24.00; Futtererbsen 15.00-19.00; Pelusaten 16.00-18.00; Ackerbohnen 15.00-17.00; Wicken 16.00-18.00; Lupinen blaue 10.00-11.00; Lupinen gelbe 14.50-16.00; Leinsamen, Basis 37 Prozent, ab Hamburg 10.30-10.90; Erdnusskuchenmehl, Basis 50 Prozent, Hamburg 10.60; Erdnusskuchenmehl, Basis 50 Prozent, ab Hamburg 10.80; Trockenmilch, Parität Berlin 8.70; Extrah. Sojabohnenschrot, 46 Prozent, ab Hamburg 10.00; Extrah. Sojabohnenschrot, 46 Prozent, ab Stettin 10.90.

Ämtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 22. Juni 1932. An der Börse im Großhandel geschaltete Preise für volle Wagenladungen (Delsaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Nur für Karloffeln gilt der Erzeugerpreis.

Tägliche ämtliche Notierungen.

Getreide:	21. 6.	21. 6.
	100 kg	100 kg
Weizen (schlesischer)		
Heftolitergewicht von 74,5 kg Durchschnitt-Dual, gesund und trocken	25.10	25.10
Heftolitergewicht von 78 kg gut, gesund u. trod.	—	—
Heftolitergewicht von 72 kg trocken f. Mältereizwecke verwendbar	—	—
Sommerweizen hart, glasig, 80 kg	—	—
Roggen (schlesischer)		
Heftolitergewicht v. 71,2 kg Durchschnitt-Dual, gesund und trocken	19.20	19.30
Heftolitergewicht v. 69 kg trocken f. Mältereizwecke verwendbar	—	—
Hafer mittlerer Art und Güte	15.80	16.00
Braugerste, feinste, gute	—	—
Sommergerste, mittlerer Art und Güte	18.00	18.00
Industrieernte, 65 kg	18.00	18.00
Wintergerste, 63-64 kg	—	—

Die Preise verstehen sich per 1000 Kilogramm waggonfrei Breslau in vollen 15 Tonnenladungen.

Tendenz: Brodgetreide freundlich.

Ämtliche Notierung für Mühlenenergie (je 100 Kilogr.).

	22. 6.	21. 6.
Weizenmehl (Type 70%)	35.00	35.00
Roggenmehl (Type 70%)	28.00	28.00
Auszugmehl	41.00	41.00

Tendenz: Ruhig.

Zeitgeschäfte in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Rahne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark: für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

Lieferung im Monat	Weizen		Roggen		Hafer		Roggenmehl	
	Normalgew. 755 g für das Liter	Normalgew. 712 g für das Liter	Normalgew. 712 g für das Liter	Normalgew. 475 g für das Liter	Normalgew. 475 g für das Liter	Normalgew. 60 % nach Typen	Normalgew. 60 % nach Typen	
	22. 6.	21. 6.	22. 6.	21. 6.	22. 6.	21. 6.	22. 6.	21. 6.
Juli	—	—	—	—	—	—	—	—
Septbr.	219 G	218 G	172 G	172 G	—	—	—	—
Oktober	220 G	219 G	173 G	173 G	—	—	—	—
Dezbr.	223 G	222 G	175 G	175 G	—	—	—	—

Ämtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 21. Juni 1932.

Der Auftrieb betrug: 1158 Rinder, darunter 79 Däsen, 566 Bullen, 401 Kühe, 90 Färsen, 22 Fresser, 1167 Kälber, 468 Schafe, 3701 Schweine.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark:

	22. Juni.	15. Juni.
Däsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwert, 1. jüngere	30-32	31-32
2. ältere	—	—
sonstige vollfleischige, 1. jüngere	28-25	25-27
2. ältere	—	—
fleischige gering genährte	16-18	12-14
Bullen: jung, vollfleisch., höchst. Schlachtw.	28-29	30-31
sonstige vollfleischige oder ausgemästete fleischige	22-24	24-26
gering genährte	—	15-20
Rühe: jüngere, vollf., höchsten Schlachtwertes	27-28	28-30
sonstige vollfleischige oder ausgemästete fleischige	20-22	21-22
gering genährte	15-16	15-16
Färsen (Kalbinnen): vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes	29-32	30-32
vollfleischige	23-24	23-24
fleischige	17-20	12-20
Fresser: Mäßig genährtes Jungvieh	—	—
Kälber: Doppellenber bester Mast	—	—
Beste Mast- und Saugkälber	31-34	30-33
Mittlere Mast- und Saugkälber	26-27	25-26
Geringe Kälber	18-20	15-20
Schafe: Mastlamm und jüngere Mastlamm, 1. Weibemast	—	—
2. Stallmast	36-40	36-38
Mittlere Mastlamm, ältere Mastlamm und gut genährte Schafe	27-30	29-31
fleischiges Schafrind	16-22	15-23
Gering genährtes Schafrind	—	—
Schweine: Festschweine über 150 kg Lebfgew.	—	33-40
vollf. Schweine v. ca. 120-150 kg Lebfgew.	37-38	39
vollf. Schweine v. ca. 100-120 kg Lebfgew.	36-38	38
vollf. Schweine v. ca. 80-100 kg Lebfgew.	34-36	36
fleisch. Schweine v. ca. 60-80 kg Lebfgew.	—	—
fleisch. Schweine unter 60 kg Lebfgew.	—	—
Sauen und Eber	31-33	32-33

Marktverlauf: Rinder langsam, Bullen schlecht, Schafe, Kälber und Schweine langsam.

Die Preise sind Marktpreise für nächsten gemogene Tiere und schließen sämtliche Speisen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein.

Unwetter in Schlesien.

Hochwassermeldungen aus dem Her- und Riesengebirge. — Vielfach Schaden entstanden.

Görlitz, 22. Juni. Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage wird vom Oberlauf der Neiße aus Zittau ein erhebliches Anschwellen des Wasserstandes gemeldet, der heute morgen um 7 Uhr 30 mit 2,94 Meter seinen höchsten Stand erreichte. In Görlitz steigt die Neiße nur langsam. Oberhalb der Stadt beginnt der Fluß langsam aufzuauern und hat bei Nitrisch, Deutsch-Ostig und Lechwitz bereits große Wiesenfläche unter Wasser gesetzt.

Sirschberg, 22. Juni. In der vergangenen Nacht sind im Niesens- und Hergebirge sehr starke Regengüsse niedergegangen, die ein schnelles Steigen der Gebirgsflüsse zur Folge hatten. Von dem Oberlauf des Bober und des Zaden kamen in den heutigen Morgenstunden Hochwassermeldungen. Das Hochwasser wurde aber von den Hochwasserbauanlagen, den Talsperren und den Staumauern aufgenommen und ist nur an den niedrig gelegenen Stellen über die Ufer getreten. Da der Regen am Mittwoch aufgehört hat, beginnen die Flüsse bereits wieder zu fallen, so daß eine Hochwassergefahr nicht mehr besteht.

Striegau, 22. Juni. Infolge des anhaltenden Regens führen das Striegauer Wasser und die Polsnitz Hochwasser. In den Niederungsgebieten um Striegau sind beide Flüsse aus den Ufern getreten, so daß die Heuernte fast vollständig vernichtet wurde. Auch die Getreidernte dürfte durch den anhaltenden Regen schwer geschädigt worden sein, da die Aeckern auf vielen Feldern glatt am Boden liegen.

Nimptsch, 22. Juni. Am Dienstag und in der Nacht zum Mittwoch haben starke Regengüsse, zum Teil verbunden mit starkem Sturm, in verschiedenen Teilen des Kreises Nimptsch großen Schaden angerichtet. Das Getreide wurde niedergeschlagen, Felder überflutet und auf den Wiesen lagerndes Heu vom Wasser weggeschwemmt. Verschiedene Bäche, u. a. die Große Lohse bei Großwillau und Jordansmühl, sind über die Ufer getreten.

Aus der Provinz Schlesien.

Kreis Grünberg.

T. Täschen, 22. Juni. Goldene Hochzeit feierten heute die Gottlieb Naußchen Eheleute hier selbst bei verhältnismäßig gutem Bestehen. Vom Amtsvorsteher wurde ihnen das staatliche Ehrengeschenk überreicht.

D. Krampe, 22. Juni. Ein Unfall ereignete sich kurz vor dem Niedermühlentisch. Ein hiesiger Einwohner fuhr mit seinem Gespann mit voller Ladung nach Grünberg zum Wochenmarkt. Beim Passieren des Mühlbreges rutschte plötzlich der Sattel, auf welchen der Kutscher mit Frau, Kind und Kyppe. Beide stürzten vom Wagen, durch den Fall schaute das Pferd und raste mit dem Wagen, wobei der Kutscher an der Leine hängend mitgeschleift wurde, über die Dorfstraße bis vor einen Baum, wo es zum Stehen gebracht wurde. Der Kutscher kam mit dem Schrecken davon, während Frau Sch. vom Wagen überfahren wurde und sich schwere Beinverletzungen zuzog. Das herbeigerufene Sanitätsauto vom roten Kreuz brachte sie in ein Grünberger Krankenhaus.

A. Samade, 21. Juni. Landwirtschaftlicher Lokalverein. Am Sonntag hielt der Verein seine erste Versammlung für das Geschäftsjahr 1932 im Lokal von S. Feind hier selbst ab. Zur Beratung stand die Anschaffung einer neuen Drillmaschine, welche notwendig geworden ist, da Reparaturen an der alten nicht mehr lohnen. Es wurde eine Maschinenhaltungskommission gebildet, die weitere Maßnahmen zu treffen hat. Der langjährige Vorsitzende, W. Schön, legte nach 25jähriger Leitung des Vereins sein Amt aus Gesundheitsrücksichten nieder. Die Neuwahl wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Der stellvertretende Vorsitzende führt bis dahin die Geschäfte weiter. Anschließend fand eine Landtagsversammlung statt.

(H) Müllzig, 22. Juni. Die Einweihung des Kriegerdenkmals ist besonderer Umstände halber auf den 17. Juli verlegt worden.

e. Grünwald, 22. Juni. Massenprobe für das Sängersfest. Nachdem am 12. d. M. die Probe der Massenprobe für das von der Sängervereinigung „Rechte Oberseite“ am 8. Juli in Schußenge zu veranstaltende Sängersfest für die Vereine Bonadel, Kontopp und Liebzig in Buchwald abgehalten worden war, fand am Sonntag die Massenprobe für die Vereine Grünwald, Kolzig, Schußenge und Schwenten bei Fabiunke statt. Folgende Massenprobe gelangten zum Vortrag: „Das ist der Tag des Herrn“, „Stohet an“, „Stumm schläft der Säger“, „Im Herbst, da muß man trinken“ und „Allweil gut deutsch“ — Verein ehem. Kriegsteilnehmer. In der letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, am 10. Juli ein Kinderfest, verbunden mit Preisjubiläum, zu veranstalten. — Preisjubiläum. Am Sonntag fand bei Gastwirt Aloise ein Preisjubiläum statt. Die ausgezeichnete Preise errangen Monteur Alfred Kastmir (36 Ringe), Landwirt Kurt Aschenbrenner und Fischer Artur Krause (je 34 Ringe). — Schulausflug. Die katholische Schule unternahm einen Ausflug rund um den Fischauer See. — Nachtfröste am Ende der vorigen Woche haben an den Gemüsekulturen und Kartoffelfeldern erheblichen Schaden angerichtet.

S. Karlsin, 22. Juni. Priesterjubiläum. Kuratus Weder feierte heute sein 25jähriges Priesterjubiläum. Die hiesige Kapelle brachte dem Jubilär ein Morgenständchen. Die eigentliche Feier findet am Sonntag, den 10. Juli, statt.

Kreis Freystadt.

u. Reustädtel, 22. Juni. Stadtverordnetenversammlung. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932. Der vom Magistrat und der Finanzkommission durchgearbeitete Etat schließt mit 132 082 RM. in Einnahme und Ausgabe ab. An Steuerzuschlägen werden erhoben werden: 200 Prozent zur Grundvermögenssteuer 2, 300 Prozent zur Grundvermögenssteuer 1, 400 Prozent zur Gewerbesteuer vom Ertrage, 1500 Prozent zur Lohnsummensteuer, 300 Prozent zur Birgersteuer. Der Etat wurde einstimmig angenommen. Außerhalb der Tagesordnung wurde beschlossen, den Bäderklub bis an die Lindenstraße, sowie die Rechenbergstraße auszubauen und auf einer Seite einen Fußweg anzulegen. Ferner kamen in letzter Zeit erschienene Artikel, in welchen verächtlich wird, den Magistrat anzugreifen, zur Erörterung.

Kreis Sprottau.

Sprottau, 21. Juni. Zur Reorganisation der Wilhelmshütte. Beschlußgemäß beteiligte sich auch der Kreis Sprottau an der Reorganisation der Wilhelmshütte mit Steuererleichterungen und ersparten Unterstützungsgeldern, etwa

140 000 RM., wie vom Vorsitzenden in der Versammlung vom 18. Juni dargelegt wurde, im Einklang mit den Beschlüssen des Magistrats und der Stadtverordneten vom 14. Juni. Der Vorsitzende wurde ermächtigt, den Abschluß der erforderlichen Verträge vorzubereiten.

Kreis Gagan.

WZ. Naumburg (Bober), 22. Juni. Bewußtlos aufgefunden wurde heute vormittag von einem Grünberger Motorradfahrer etwa 400 Meter von der Försterei Neu-Berlin entfernt, mitten auf der Chaussee liegend, der Schlosser Rich. Langnickel aus Naumburg. Man brachte ihn nach der ersten Wohnung, wo er nach 8 Stunden das Bewußtsein wiedererlangte. Es wurde u. a. Gehirnerschütterung festgestellt. Der Verunglückte, der sich z. B. an den Vorgang nicht zu erinnern vermag, ist aller Wahrscheinlichkeit nach von einem Kraftfahrzeug angefahren worden, dessen Führer bei Erkennung der Unfallfolgen anscheinend schleunigst davonfuhr.

Aus anderen Kreisen Schlesiens.

Glogau, 22. Juni. In Ausübung seines Berufes ertrunken. Der beim Wasserbauamt beschäftigte 27 Jahre alte Arbeiter Willi Döring ist in Ausübung seiner Tätigkeit auf einem Sandbagger in der Oder ertrunken. Er war seit zwei Monaten verheiratet. Sein Bruder ist seiner Zeit bei der Klauscher Explosion ums Leben gekommen.

Röwenberg, 21. Juni. Unfall bei einer Sonnenwendfeier. Bei der am Goldentrauer Stausee von der Gemeinde Friedersdorf veranstalteten Sonnenwendfeier hatten sich mehrere Personen auf den im Wasser auf Pontons aufgebauten dreistöckigen Sprungturm begeben. Plötzlich neigte sich infolge zu starker Belastung der Turm nach vorn und brach dann ab. Sämtliche auf dem Turm Stehenden stürzten ins Wasser. Im Licht der Scheinwerfer der Motorboote konnten glücklicherweise alle Personen gerettet werden.

Bunzlau, 21. Juni. Plötzlicher Tod des Superintendents. In einer Sitzung der Schuldeputation starb heute nachmittag, gerade als er das Wort ergreifen wollte, der in Stadt und Kreis Bunzlau und in der ganzen Provinz hochgeschätzte Superintendent August Dahmann durch Herzschlag. Er stand im 64. Lebensjahr, bekleidete zahlreiche Ehrenämter und gehört auch dem Provinzialparlament an.

Marklissa, 21. Juni. Gedenktafel für Adolf von Bissing. Im Dueistal wurde am Sonntag im Zusammenhang mit der Frühjahrsversammlung der Hergebirgsgruppe des Riesengebirgsvereins am Marienfels eine Gedenktafel für den Freiherrn Adolf von Bissing geweiht, der vor 100 Jahren, im Sommer 1832, die ersten Wanderwege durch das Dueistal gebahnt hat. Der Entwurf zu der Gedenktafel stammt von dem Bildhauer Walter Wolff-Görlitz.

Breslau, 22. Juni. Unregelmäßigkeiten beim Stadttheater. Die Verwaltung des Stadttheaters teilt zum Verschwinden des Verwaltungsdirektors Diez mit: Diez hat im Laufe dieses Winters für Lieferungen an das Stadttheater eine Geschäftsverbindung ohne Wissen des Intendanten aufgenommen, die zu einer vermeintlichen Mehrabgabe von rund 17 000 RM. führte. Als dies zur Kenntnis der Verwaltung kam, wurde sofort eine eingehende Untersuchung aufgenommen. Obwohl zunächst kein klarer Nachweis dafür erbracht wurde, daß bei dieser Geschäftsverbindung Unregelmäßigkeiten mitgespielt, mußte Diez mit der Möglichkeit rechnen, daß sein Vertrag nicht erneuert werden würde, was ihm auf sein Verlangen vom Intendanten und städtischen Deputierten bestätigt worden ist. Kurz darauf verließ Diez die Stadt. Die im Zusammenhang mit dem Verlustgeschäft eingeleitete Prüfung der Geschäftsführung, die schon vor Diez Verschwinden schrittweise ausgedehnt war, wurde nunmehr über die gesamte Geschäftsführung ausgedehnt. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Bisher hat sich ergeben, daß einige Beträge — rund 5000 RM. — nicht ordnungsmäßig belegt werden konnten, offenbar also — und zwar in teils inoffizieller, teils widerrechtlicher Weise — dem Stadttheater entzogen worden sind. Der Verwaltungsrat hat daraufhin beschlossen, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten, um eine reifliche Aufklärung der ganzen Angelegenheit zu gewährleisten.

Dhlan, 22. Juni. Reichwehrsoldat bei Übung ertrunken. In der hiesigen Badeanstalt ist gegenwärtig ein Pionierkommando des Reiterregiments 11. Während einer Rettungsübung war der Reiter Elguith, ein guter Freischwimmer, ins Wasser gesprungen und stromab geschwommen. Die Aufforderung, ins Boot zu kommen, lehnte er ab; er wollte noch weiter schwimmen. Dabei kam er in die Nähe eines Ockerfahnes und wurde von der Strömung unter den Rahn gezogen. Seine Kameraden sahen die Gefahr und sprangen ihm sofort zu Hilfe. Sie konnten ihn jedoch nicht erfassen und E. kam nicht mehr zum Vorschein. Auch seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Ramenz, 22. Juni. Einbruchsdiebstahl in der prinzipalen Generaldirektion. In der letzten Nacht wurde in der Generaldirektion der Güter des Prinzen Friedrich-Heinrich von Preußen ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Die Einbrecher, die nach ihrer tagelangen Arbeit geübte Gelbschranke zu sein schienen, verschafften sich Zugang zu den Büroräumen, die der alte Prälat der früheren Zisterzienserkloster untergebracht sind, und öffneten zwei schwere Gelbschränke. Während sie in dem einen nichts vorfanden, erbeuteten sie in dem anderen, dessen Seitenwand sie aufstimmten, einen Betrag von 1500 RM. Man vermutet, daß sie mit den Einbrechern identisch sind, die vor kurzem einen Gelbschrankebruch in der Waisenmühle vollführten.

Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 22. Juni. Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Schulrat Dufel. Das Oberste Gericht in Warschau hat auf Antrag des Schulrats Dufel die Wiederaufnahme des im Jahre 1928 gegen ihn eingeleiteten und vor etwa einem Jahre abgeschlossenen Verfahrens angeordnet und damit das Warschauer Bezirksgericht beauftragt.

Aus der Provinz Brandenburg.

Kreis Grotzen.

i. Beutin, 21. Juni. Die Spar- und Darlehnskasse konnte ihre 35. ordentliche Generalversammlung abhalten. Revisor Sattler erläuterte den Geschäftsbericht und betonte, daß die hiesige Genossenschaft eine der besten des Kreises Grotzen ist. Der Gesamtumsatz des verflorenen Geschäftsjahres einschließlich Bilanzvortrag belief sich auf 858 026 RM., der Reingewinn auf 3520,80 RM., welcher sich wie folgt verteilt: 50 Prozent Reserven, 5 Prozent Dividende für Geschäftsguthaben, 3 Prozent Warenrückvergütung. Der freiwilligen Feuerwehr Beutin wurden 150 RM. und der freiwilligen Sanitätskolonne 30 RM. überwiesen. Der verbleibende Rest kam der Betriebsrücklage zugute. Vorstand und Aufsichtsrat wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Kardinal Bertram — Ehrenbürger von Gleiwitz.



Wie schon berichtet, ist der Breslauer Kardinal-Fürst-erzbischof Dr. Bertram zum Ehrenbürger von Gleiwitz ernannt worden. Am Sonnabend wurde ihm vom dortigen Oberbürgermeister Dr. Weister der Ehrenbürgerbrief der Stadt überreicht.

Die ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden ebenfalls einstimmig wiedergewählt. Zum Schluss erklärte Dr. Thamsen-Berlin die finanzwirtschaftliche Entwicklung, Geschäftsführer Wenkel-Grossen gab einen Überblick über das Genossenschaftswesen und die Warenumsätze.

Aus anderen Kreisen Brandenburgs.

Guben, 22. Juni. Sanierung der Vereinsbank. In einer Gläubigerversammlung konnte der eingesezte Gläubigerausschuß mitteilen, daß ein Stillhalteabkommen zustande gekommen ist, da für mehr als 95 Prozent des von den Gläubigern zu fordernden Kapitals die Zustimmung erteilt wurde. Damit ist die Grundlage geschaffen für eine bereits in Aussicht gestellte weitgehende Hilfe der Dresdner Bank und des Reiches. Es steht zu erwarten, daß die Bank in wenigen Tagen ihre Schalter für den regelmäßigen Geschäftsverkehr wieder öffnen wird.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen

Schneidemühl, 22. Juni. Grenzzwischenfall. An der deutsch-polnischen Grenze bei Grunau, Kreis Flatow, wurde unlängst von den Polen an einer als Ausflugsziel bekannten landschaftlich schönen Stelle ein Schlagbaum errichtet. Vor kurzem konnte man an diesem Schlagbaum einen Zettel mit der Aufschrift: „Dieses Land wird noch einmal deutsch werden!“ bemerken. Offenbar gab dieser Zettel den Polen Veranlassung dazu, an dem Grenzschlagbaum einen Posten hinzustellen. Als der polnische Posten dieser Tage Spaziergänger auf deutscher Seite bemerkte, machte er sein Gewehr schußbereit und rief: „Halt, Landesgrenze!“ Dieser Vorfall wurde von einem arbeitstretenden deutschen Zollassistenten beobachtet, der zum Schutz der Deutschen sogleich einschritt und den polnischen Posten anrief: „Halt, Grenzbeamter!“ Der polnische Posten entschuldigte sich sodann und schaltete sein Gewehr, ohne es zu sichern. Als man alsdann zwei polnische Fuhrwerke in der Nähe der Grenze bemerkte, lief der Posten diesen entgegen. Er hatte dabei offenbar vergessen, sein Koppelzeug in Ordnung zu bringen. Das Seitengewehr hing an dem losen Leibriemen an der rechten Seite, wo das Gewehr geschultert war. Beim Laufen kam der Abzugsbügel des Gewehres dem Säbelgriff zu nahe, so daß sich plötzlich ein Schuß entlud, durch den aber niemand verletzt wurde.

Um das Rittergut Wohnowo.

Prinz zur Lippe war einem Betrüger und Heiratschwindler in die Hände gefallen.

Im Jahre 1930 erregte der Teufel von 600 Morgen Land vom Gute Wohnowo im Kreise Bomst durch den Prinzen zur Lippe an polnische Bauern aus dem Dorfe Neukramzig stark die Aufmerksamkeit, weil durch diesen Verkauf wieder deutscher Grund und Boden im Grenzgebiet in polnische Hände übergegangen war.

Im Rahmen einer Berufungsverhandlung vor der Großen Strafkammer in Meseritz gegen den früheren Lehrer Herbert Puschmann aus Krümmhübel wurde jetzt dieser Verkauf noch einmal behandelt und festgestellt, daß der Prinz zur Lippe einem Betrüger in die Hände gefallen war. Der Prinz befand sich seinerzeit in finanziellen Schwierigkeiten und hatte das Gut im ganzen verkaufen wollen. Auf das Verkaufsangebot hatte sich der Angeklagte gemeldet, um das Gut für 750 000 RM. zu kaufen. Man hatte einen mündlichen Vertrag abgeschlossen, wonach der Prinz eine bare, aus Erträgen der Ernte genommene Anzahlung von 400 000 RM. erhalten sollte, 25 000 RM. sollten sofort bar bezahlt werden. Schon einige Zeit nach Abschluß des Vertrages stellte sich jedoch heraus, daß der Käufer keinen Pfennig Bargeld hatte. Der Prinz trat deshalb von dem Vertrag zurück.

Von der Anklage des Betruges war der Angeklagte in der ersten Verhandlung freigesprochen worden und nun beschloß das Gericht in der Berufungsverhandlung mit ihm, wobei sich ergab, daß man es mit einem gemeingefährlichen Schwindler zu tun hatte. Mit seinen 37 Jahren hatte er bereits ein bewegtes Leben als Lehrer, Wanderprediger, Gutbesitzer, Rittergutsbesitzer, Leiter einer Briefmarkenhandlung, Fremdenheimbesitzer usw. hinter sich und war viermal verheiratet. Mit seiner jetzigen Frau steht er in Scheidung, doch beabsichtigt er eine neue Ehe einzugehen. Weiter hat er sich selbst zum Leutnant befördert, obwohl er es im Felde nur bis zum Gefreiten gebracht hatte.

Puschmann wurde wegen Betruges zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt. Er hat gegen dieses Urteil beim Reichsgericht Beschwerde eingelegt.

Sport - Spiel - Turnen

Nach dem Weltmeisterschaftskampf Charley-Schmeling.

Beide Kämpfer zur Revanche bereit. — Allgemeine Stimmung für Schmeling. — „Schmeling lieferte einen großartigen Kampf.“

Deshalb Max Schmeling durch ein unverständliches Urteil in der Nacht zum Mittwoch seinen Weltmeistertitel in Newyork an Jack Charley abgeben mußte, hat er sich durch sein sportlich tadelloses Verhalten nach der Verhängung der Entscheidung große Sympathien erworben. Er stand zunächst sprachlos im Ring, ging aber dann zu Charley, um ihn zu beglückwünschen.

Das Publikum tobte vor Entrüstung. Beide Boxer äußerten sich später, daß sie gern zu einem Revanchekampf bereit wären. Wie stark die Meinung zugunsten Schmeling war, erhellt aus der Tatsache, daß von 25 anwesenden Pressevertretern allein 23 klare Punktworte für den Deutschen herangezogen hatten. In ganz Amerika, dem Südoften und Canada, die alle den Kampfverlauf im Rundfunk miterlebten, hat das Urteil große Enttäuschung hervorgerufen, da nach dem Hörbericht allgemein Schmeling als Sieger erwartet wurde. In Canada löste die Entscheidung einen derartigen Proteststurm aus, daß sämtliche Zeitungsredaktionen stundenlang durch Anrufe beschäftigt wurden. Eine der führenden canadischen Zeitungen in Toronto erklärte, daß während ihres mehr als 50jährigen Bestehens ihre Telefonleitungen nie derart stark belastet waren, als nach diesem Kampf.

Ein Sonderbericht aus Newyork besagt:

Schmeling lieferte einen großartigen Kampf und zeigte sich vor allem als der große Stratege im Ring, wenn er auch, wie üblich, erst in den späteren Runden warm wurde und anfangs verschiedentlich Schläge seines Gegners einstecken mußte, die ihm jedoch nicht allzuviel anhaben konnten, da sie größtenteils ungenau gezielt waren. Zudem konnte er die härtesten Schläge durch seine elegante Fußarbeit vermeiden. In der 6. Runde wurde Schmeling durch zwei wichtige Kopfschläge Charleys sichtlich in Verlegenheit gebracht, er überwand aber die Situation und in den 3 letzten Runden hatte er klare Vorteile. Der Punktrichter Charles Matheson punktete allein 10 Runden für den Deutschen, Kelly und der Ringrichter Smith, ein ehemaliger Schwergewichtsboxer, stimmten jedoch für Charley, so daß schließlich der Sieg dem Bostoner Matrosen mit 2 gegen 1 Stimme ausgeprochen wurde.

Der neue Boxweltmeister Jack Charley.

Der Revanchekampf um die Boxweltmeisterschaft im Schwergewicht, der am Dienstag abend im neuerbauten Stadion auf Long Island zwischen dem Herausforderer Jack Charley und dem bisherigen Weltmeister Max Schmeling stattfand, wurde bekanntlich nach 15 Runden erbitterten Kampfes zugunsten des Herausforderers entschieden. Der Spruch des Kampfgerichts fand keineswegs allseitige Zustimmung.



Ein unbekanntes Bild des neuen Weltmeisters.

Fußball

Wendung der Südoberdeutschen Fußballmeisterschaft?

Der am kommenden Sonntag in Glogau stattfindende außerordentliche Verbandstag des Südoberdeutschen Fußballverbandes wird sich in der Hauptsache mit einem Antrag des Bezirks Oberlaufitz zu beschäftigen haben, der mit Rücksicht auf das Sinken der Spielstärke der niederlaufitzer Vereine und des steigenden Könnens der niedersachsen und oberlaufitzer Vereine verlangt, daß in Zukunft nach jeder Südoberdeutschen Fußballmeisterschaft die beiden spielstärksten Vereine eines Bezirks des Kreises I und die beiden Vereine eines Bezirks des Kreises II, die höchste bzw. niedrigste Punktzahl erringen konnten, gegeneinander im Hin- und Rückspiel um den Auf- bzw. Abstieg des Kreises I zu kämpfen haben. Diejenigen Vereine eines Kreises, die dabei die höchste Punktzahl erringen, steigen auf bzw. bleiben im Kreise I.

Obersachsen will versuchen, daß der Verbandstag seine Genehmigung dazu gibt, daß in der Zeit vom 1. September bis 24. Dezember keine Nebenspiele oder Repräsentativspiele stattfinden dürfen. Ueber Mittelschlesiens Provinzspielsystem wird auch die Entscheidung fallen. Die Niederlaufitz wünscht eine Erweiterung des Verbandsvorstandes und zwar so, daß alle Bezirke im Verbandsvorstand vertreten sein sollen.

Sportfreunde Grünberg 1. Jgd. — Preußen Glogau 1. Jgd. 2:2 (0:1).

Beide Mannschaften lieferten sich einen fairen Kampf, wobei Glogau in der 1. Hälfte und Grünberg in der 2. Hälfte leicht überlegen war. Beide traten mit Ersatz an, der sich aber bei Grünberg nicht bewährte. Grünberg gelang kurz nach Halbzeit der Ausgleich. Durch Halbrechts konnte Glogau noch einmal in Front gehen, aber auch Grünberg konnte wiederum, durch Fründner, den Ausgleich herbeiführen.

Sportfreunde Grünberg A. S. — Preußen Glogau A. S. 1:1 (1:0).

Dem Spielverlauf nach hätte Grünberg gewinnen müssen, aber der ausgezeichnete Glogauer Torhüter ließ den Grünbergern nur 1 Treffer zukommen, den Weber erzielte. Weiteres gelang den Grünbergern nicht mehr, dagegen setzte Glogau zum Schluß zum Endspurt an und erreichte den etwas unverdienten Ausgleich.

Freundschaftsspiel DSK Kleinig und Kolzig: 1. Mannschaft 3:2 für Kleinig; 2. Mannschaft 2:0 für Kleinig. B.

Tennis

Wimbledon hat begonnen.

Auf Wimbledon's Rasenplätzen hat das bedeutendste Tennisturnier, dem man zu Recht die Bedeutung von Weltmeisterschaften beimißt, begonnen. 14 Tage lang werden sich dort die Tennisgrößen aller Länder heftigste Kämpfe liefern.

Leichtathletik

Die Schlesienschen Volksturnmeisterschaften in Bad Warmbrunn.

175 Wettkämpfer, darunter 35 Frauen, sowie 100 Teilnehmer für Gau-Sonderwettbewerbe waren zu dem am Sonntag, also 14 Tage vor dem Schlesiernturnen, in Bad Warmbrunn ausgetragenen Schlesienschen Volksturnmeisterschaften angetreten. Die Veranstaltung nahm einen glänzenden Verlauf. Außergewöhnliche Leistungen vollbrachten vor allem der Breslauer Bult, der bekanntlich aus zehn Wettbewerben siegreich hervorging. Im beidarmigen Kugelstoßen stellte er mit 22,61 Meter eine neue Kreisbestleistung auf. Stoschek-Ratibor brachte eine neue deutsche Turnerbestleistung, er erreichte im beidarmigen Speerwerfen 105,65 Meter und überschritt im beidarmigen Speerwerfen mit 62,80 Meter als Sieger erneut die 60 Meter-Grenze.

Die neuen Kreismeister.

Zehnkampf: Bult (A.S. Breslau) 6883,68 Punkte. Sechskampf: Bult 587 P., 2. Wollni (A.S. Ratibor) 461,5 P. 10.000 Meter: Felbe (Kattner) 34,21. 1500 Meter: Sader (Altwaßer) 4:23. 5000 Meter: Bachmann (S.B. Diehja) 16:40,4. 800 Meter: Schirch (A.S. Breslau) 2:06. 400 Meter: Truh (S.G. Breslau) 53,2. 200 Meter: Bukahl (S.B. Kreuzburg) 28. 100 Meter: Bukahl 11,2. 110 Meter Hürden: 1. Stoschek (A.S. Ratibor) 17,2. Schleuderball: Bult 57,82. Diskuswerfen (beidarmig): Bult (A.S. Breslau) 65,16. Diskuswerfen (bestarmig): Bult 37,61. Kugelstoßen (beidarmig): Bult 22,61. Kugelstoßen (bestarmig): Bult 12,73. Steinstoßen (beidarmig): Bult 6,20. Steinstoßen (bestarmig): Bult 8,65. Weitsprung: Bult 6,36. Hochsprung: Bult 1,68. Speerwerfen (beidarmig): Stoschek (A.S. Ratibor) 105,65. Speerwerfen (bestarmig): Stoschek 62,80. Stabhochsprung: Sanleben (S.G. Breslau) 3,47. Olympiastaffel: A.S. Breslau 3:56,2. 4×1500 Meter: A.S. Schreiberhan 19:17,3. 4×400 Meter: S.B. Vorwärts Breslau 3:38,8. 10×eine halbe Runde: Turngau Breslau 5:25. 4×100 Meter: A.S. Breslau 46,1.

Frauen: Vierkampf: Wende (S.G. Breslau) 3:52,5. Hochsprung: Belloc (Friesen-Görlitz) 1,38. Weitsprung: Wendi (S.G. Breslau) 4,87. 100 Meter: Opielka (A.S. Döpel) 13,2. Diskus: 1. Utgenamb (Gut Heil Waldenburg) 22,62. Speerwerfen: Goldmann (S.G. Breslau) 26,41. Kugelstoßen: Goldmann (S.G. Breslau) 10,01. 80 Meter Hürden: 1. Jahnke (Vorwärts Breslau) 14,6. 4×100 Meter: S.G. Breslau 54,8.

Auch der A.S. Grünberg hatte 2 von seinen Mitglidern gemeldet: Art für 5000 Meter, Erich Kusche für 400 Meter und Weitsprung. Es gelang Art, als 4. in 16:58,2 Min. den Lauf zu beenden. Er blieb damit wesentlich unter seiner bisherigen Bestzeit, die auf 17:23 Min. stand. In Anbetracht der sehr weichen Bahn ist diese Zeit als sehr gut zu bezeichnen, da der Sieger über 5000 Meter, der aus dem Nurnikampf vom vorigen Jahre weit bekannte Bachmann-Diehja, zu der Strecke 16:40,8 Min. benötigte. Erich Kusche konnte sich in den Vorläufen über 400 für den Endlauf platzieren. Bei der Entscheidung wurde er 3. in 54,3 Sek. vor Dr. Jockl, Vorwärts-Breslau, der 1930 bei den Volksturnmeisterschaften in Grünberg Schlesienscher Meister wurde. Im Weitsprung kam Kusche mit 6,02 Meter als 4. in die Entscheidung. Da er 2 Sprünge übertrat, konnte er sich nicht

Rundfunk-Programm für den 24. Juni 1932.

Königsbrunnenerhaus 184 kHz / 1635 m / 75 kW

5,45: Wetter. — 6,00: Gummakitt. — 6,15: Frühkonzert auf Schallplatten. — 9,00: Schulfunk: Ein Vorleseleben im dunklen Erdteil. — 10,00: Nachrichten. — 10,10: Schulfunk. Im Besitz bei Kap Horn. Vom Norddeutschen Rundfunk. — 12,00: Wetter. Schallplatten: Barockmorgens ehemaliger deutscher Regiments. Anschließend: Wetter. — 12,55: Zeitzeichen. — 1,30: Wetter. Nachrichten, Wasserstände. — 2,00: Schallplatten: Franz Schubert. — 3,00: Jungmädchen-Stunde. Stunde mit Blumen. — 3,30: Wetter, Börse. — 3,40: Jugend-Stunde: Praktisches Naturforschen. Quellen und Keimen. — 4,00: Pädagogischer Funk: Wohin geht der Unterricht in den Lebensübungen? — 4,30: Nachmittags-Konzert der Dresdner Philharmonie. Vom Mitteldeutschen Rundfunk. — 5,30: Die Herkunft unserer wichtigsten Nutzpflanzen. — 6,00: Sonderuhr einh. und zeh. — 6,30: Volkswirtschafts-Funk: Was versteht man unter einem Motorium? — 6,55: Wetter. — 7,00: Aktuelle Stunde. — 7,15: Wissenschaftlicher Vortrag für Tierärzte. — 7,35: Stunde der Arbeit: Fürsorge für die Familie. — 7,55: Wetter. — 8,00: Roonon man in Amerika spricht. Übertragung aus Washington. — 8,15: Das Rheingold. Oper von Richard Wagner. Aus der Dresdner Staatsoper. Vom Mitteldeutschen Rundfunk. — 10,30: Wetter, Nachrichten, Sport. Anschließend: Populäres Orchester-Konzert des Hofkapellmeisters des Deutschen Musikerverbandes, Orchesterleitung Magdeburg. Aus dem Blüthner-Saal, Magdeburg.

Breslau 923 kHz / 325 m / 1,7 kW

6,00: Gummakitt. Arthur Holz. — 6,15: Frühkonzert auf Schallplatten. Aus Berlin. — 10,10: Schulfunk. Im Besitz und bei Kap Horn. Vom Norddeutschen Rundfunk. — 11,15: Zeit, Wetter, Wasserstände, Nachrichten. — 11,30: Konzert der Schlesienschen Philharmonie. Leitung: H. Behr. Vom Schlesienschen Rundfunk. — 1,05: Mittags-Konzert der Schlesienschen Philharmonie. — 1,45: Zeit, Wetter, Nachrichten, Börse. — 2,05: Schallplatten. — 2,45: Schallplatten und Melodie. — 3,10: Landwirtschaftliche Preise. Börse, Nachrichten. — 3,25: Schulfunk. Aus der Geschichte der Handwerkslehre. — 3,50: Verreisen oder nicht verreisen? — 4,00: Fünf Minuten für die Hausfrau: Meine Hausapotheke. — 4,30: Schallplatten. Volksliedliche Lieder. — 4,50: Kleine Glos-Musik. — 5,30: Landwirtschaftliche Preise. Anschließend: Neue Musikblätter. — 5,50: Das wird Sie interessieren! — 6,10: Was Land- und Luftwege von Breslau nach Berlin erzählen. — 6,30: Junge Arbeiter auf der Schulbank. Hörbericht aus der Arbeiter-Strikationsschule in Peterswalde bei Reichendach (Eule). — 7,00: Vereisigung von Rundfunk-Störungen. — 7,10: Wetter. Anschließend: Schallplatten. — 7,55: Wetter. — 8,00: Roonon man in Amerika spricht. Übertragung aus Washington. — 8,15: Süddeutsche Philharmonie des Was-Obersterns der Stuttgarter Philharmonie. Vom Süddeutschen Rundfunk. — 9,15: Die Dorfangerinnen. Komische Oper von Valentina Fioravanti. Vom Süddeutschen Rundfunk. — 10,20: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport. — 10,50: Fünf Minuten Sport für den Vater. — 11,00: Die Tonende Wagenchau. Aus dem Deutscher Theater in Breslau. — 11,15: Populäres Orchester-Konzert des Hofkapellmeisters des Deutschen Musikerverbandes. Aus Magdeburg.

mehr verbessern und wurde in der Gesamtliste 6. mit einer Leistung von 6,02 Metern. Einer der knapp übergetretenen Sprünge betrug 6,40 Meter. Bei Gelingen hätte ihm dieser Sprung die Schlesiensche Meisterschaft gebracht. Selbst der Meister aus den Grünberger Volksturnmeisterschaften, Artzopf-Breslau, konnte nur 6,34 Meter erreichen. —er.

Schlesier bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften

Für die diesjährigen Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften hat der Südoberdeutsche Leichtathletik-Verband am Montag seine Meldungen abgegeben. Es werden diesmal nur die wirklich Besten an den Meisterschaften der D.S.B. teilnehmen. Der dreifache Südoberdeutsche Meister Laqua (Polizei Döpel) ist für die 100 Meter, 200 Meter und das Speerwerfen gemeldet worden. Steingroß-Döpel beteiligt sich ansichtsreich am Speerwerfen, während am Beknkampf die Breslauer Jur und Hilmann (S.B.) teilnehmen werden. Für die Frauentämpfe ist nur Fräulein Görlitz (Schlesien-Breslau), die Bezwingerin der Frau Radke, über 800 Meter genannt worden.

Dr. Karl Diem,



der Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, wird am 24. Juni 50 Jahre alt.

Von früheren Kreisturnfesten.

In dem Augenblick, in dem sich die schlesienschen Turner zum Schlesiernturnen (Breslauer Kreisturnfest) vom 1. bis 8. Juli rüsten, wird sicher ein Rückblick auf frühere Kreisturnfeste und die sich daraus ergebende Entwicklung willkommen sein. Da als Duell nur das Kreisblatt des II. Deutschen Turnkreises zur Verfügung steht, dieses aber erst seit 1877 erscheint, ist von den vorhergehenden Festen nur noch der Ort festzustellen: Gleiwitz 1862, Neumarkt 1863, Breslau 1865, Striegau 1868, Girschberg 1869, Gleiwitz 1871, Glogau 1875, Neustadt 1877.

Beim 9. Kreisturnfest 1879 zu Breslau scheint man den größten Wert auf ein Riegenwettrennen gelegt zu haben. Auf dem 10. Kreisturnfest 1881 zu Görlitz ließ der Kreisturnwart Krampe die Freilübungen nach Vorschlag und Fahnenzeichen turnen. Das 11. Kreisturnfest in Gleiwitz war ein Verlager. Hingegen war wiederum das 12. Kreisturnfest 1887 in Girschberg sorgfältig vorbereitet und zahlreich besucht. Das 13. Kreisturnfest 1891 in Neugitz ist dadurch bemerkenswert, daß es in der Zahl der Freilübungsturner auf die Zahl von 650 emporstieg. Das als 15. bezeichnete Kreisturnfest 1896 in Ratibor litt unter sehr unbefriedigendem Wetter. Auch das 16. Kreisturnfest 1900 in Striegau stand noch unter der Leitung von Pießer. Das 17. Kreisturnfest 1905 in Namisch war das erste unter Kreisturnwart Kreischmer, und zugleich das erste in dem damals noch zum zweiten Kreis gehörenden Regierungsbezirk Posen. Das 18. Kreisturnfest 1907 in Grünberg hatte zum Teil schlechtes Wetter. Auf dem 19. Kreisturnfest 1911 in Gleiwitz wurde der Versuch eines vollständigen Waffenturnens in der Weitsprung gemacht, das der Turngau Breslau gewann. Das 20. Kreisturnfest 1922 in Girschberg zeichnete sich vor allem durch große Beteiligung aus, da 6000 Festteilnehmer das Festabzeichen zum Inflationspreise von 40 Mark kauften. Beim 21. Kreisturnfest 1926 in Reife, das in Vertretung des mit der deutschen Musterriege in Amerika weilenden Kreisoberturnwarts Mählner, Kreisfrauenturnwart Kreuschner leitete, ging die Teilnehmerzahl auf 3000 zurück.

8 Hundert Jahre alt ist in diesem Sommer das allbekannte Gedicht „Die Auswanderer“ von Ferdinand Freiligrath. Das Jahr 1832, in dem es entstand, zeigte infolge der Wirtschaftsnot einen starken Drang zur Auswanderung nach Uebersee, besonders in Süddeutschland.

8 Der Spaz als Brandstifter. Die Sperlinge gehören, vor allem auf dem Lande, im allgemeinen zu den weniger beliebten Vögeln, denn ihr lautes, zänkliches Wesen ist nicht geeignet, Zuneigung zu erwecken. Die Abneigung wird noch zunehmen, nachdem sich unlängst herausgestellt hat, daß diese Tiere unter Umständen auch großen Schaden anrichten können. In dem holländischen Dorfe Weert bemächtigte sich ein Spaz eines eben fortgeworfenen Zigarettenstummels; zu welchem Zwecke, ist nicht recht erfindlich. Der Vogel trug die gefährliche Beute in sein unter dem Firk eines frohgedeckten Hauses befindliches Nest, mit dem Erfolge, daß die Blut der Zigarre zunächst das Nest, dann weitergreifend auch das Dach in Brand setzte. Bald stand das ganze Haus in Flammen und sank bis auf den Grund in Asche. Der Uebelthäter ist natürlich entkommen, aber in Weert ging man, durch Schaden klug geworden, alsbald an die restlose Vernichtung sämtlicher Sperlingsnester.

Wasserstand der Oder.

Datum	Nathor	Döpel	Reife	Nejtemündg.	Witig	Breslau	Döppelfurth	Steinau	Glogau	Fischberg	Grosjen
8 Uhr vormittag	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
21. 6.	1,12	2,04	-0,46	1,64	2,20	-0,60	1,53	1,55	1,85	1,92	
22. 6.	1,50	2,20	+0,18	1,72	2,29	-0,40	1,62	1,48	1,41	1,35	1,46
23. 6.	1,50	2,06	+0,28	2,34	2,90	-0,30	2,12	—	—	—	—

Reife 22. Juni mittags +0,60.

Reichshaushaltsplan und Arbeitsbeschaffung.

Von zuständiger Stelle erhalten wir einige Mitteilungen darüber, in welchem Umfang bereits Mittel für die Arbeitsbeschaffung im Reichshaushaltsplan für das Jahr 1932 eingeseht sind. So sind in dem Etat vorgesehen für landwirtschaftliche Siedlung 50 Millionen, für freiwilligen Arbeitsdienst 40 Millionen und für die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten rund 50 Millionen.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 sieht ferner für Straßenbau 60 Millionen, für den Ausbau von Wasserstraßen 50 Millionen, für Meliorationen 25 Millionen vor. Weiter ist von der Reichsregierung eine Bürgerpflicht übernommen worden, durch die 100 Millionen für Hausreparaturen und Teilung von Großwohnungen verfügbar sind.

In das kommende Etatjahr fallen ferner Zahlungen für den ersten Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung, der insgesamt 48 Millionen RM. erfordert. Für den zweiten Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung ist ein Betrag von etwa 25 Millionen RM. in Aussicht genommen.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß bereits große Beträge für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Hauptpunkte des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms erst beschlossen werden sollen, wenn der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister, die für diese Frage zuständig sind, aus Lausanne zurückgekehrt sind.

Berlin, 22. Juni. In Ergänzung der Meldung über die im einzelnen in Aussicht genommenen Beträge für die Durchführung der Arbeitsbeschaffungs- und Siedlungspläne erfahren wir an zuständiger Stelle, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm im einzelnen nach der Rückkehr des Reichskanzlers von Vapen und des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk aus Lausanne festgelegt werden soll. In der Siedlungsfrage sind ebenfalls ausgedehnte neue Gesetze in Vorbereitung.

Die im Osthilfegesetz vorgeesehenen Bahnbauten gesichert.

Berlin, 22. Juni. Die Tatsache, daß im neuen Reichsetat, der zur Zeit dem Reichstag vorliegt, für Bahnbauten im Etat der Osthilfe nur 500 000 RM. eingeseht sind, hat in Ostdeutschland zu großer Beunruhigung geführt, da man die Bahnbauten für gefährdet hält. Wie die Ostnachrichten des Conti-Nachrichten-Büros dazu von maßgebender Seite erfahren, beruht diese Annahme auf einem Mißverständnis. Es waren sowohl in den Jahren 1930 als auch 1931 je 10 Millionen RM. im Reichsetat für Bahnbauten im Osten vorgeesehen. Diese Mittel sind noch vollständig vorhanden, da die Bahnbauten, soweit sie für sofort vorgeesehen sind, über die Vorarbeiten noch nicht hinausgediehen sind. Nach Abschluß der technischen Vorarbeiten kann planmäßig mit den Bahnbauten begonnen werden.

Geringfügige Entlastung des Arbeitsmarktes.

Berlin, 21. Juni. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung für die Zeit vom 1. bis 15. Juni 1932 hat der Arbeitsmarkt in der ersten Junihälfte nur eine geringfügige Entlastung erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. Juni den Meldungen der Arbeitsämter rund 5 569 000 und lag somit um rund 14 000 unter dem Stande vom 31. Mai. Dieser Rückgang wäre stärker, wenn nicht der saisonmäßigen Entlastung eine Verschlechterung in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen entgegenwirkte hätte. Seit dem Höchststande des Winters ist eine Abnahme um rund 560 000 Arbeitslose zu verzeichnen, während im Vorjahre die Frühjahrsentlastung, die allerdings schon um einen Monat früher einsetzte, bis Mitte Juni sich auf rund 990 000 belaufen hatte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat wieder etwas stärker, und zwar um rund 74 000, abgenommen und betrug am 15. Juni rund 1 003 000. In der Krisenfürsorge wurden die durch Aussteuerung oder durch Arbeitsaufnahme entstehenden Abgänge nahezu aufgewogen durch die Zugänge aus der Versicherung, so daß nach einem Rückgang um rund 8000 Mitte des Monats rund 1 573 000 Krisenunterstützte gezählt wurden. Die gekennzeichnete Entwicklung läßt vermuten, daß die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen, die Ende Mai rund 2 086 000 betragen hatte, inzwischen weiter gestiegen ist.

Die Rechtfertigung der weiblichen Beamten.

Der Reichstag hat am 12. Mai in zweiter und dritter Lesung den vom Zentrum eingebrachten Gesetzentwurf über die Rechtfertigung der weiblichen Beamten gegen die Stimmen der Kommunisten mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen.

Der Entwurf sieht vor, daß verheiratete weibliche Reichsbeamte jederzeit auf ihren Antrag aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen sind und die vorgelegte Dienstbehörde die Entlastung auch ohne diesen Antrag verfügen kann, wenn die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint. Ob die Voraussetzung hierfür vorliegt, darüber hat die vorgelegte Dienstbehörde die Entscheidung einer nach besonderen Vorschriften zu bildenden Schiedsstelle einzuholen. Eine Entscheidung der Schiedsstelle ist nicht erforderlich, wenn der Ehemann unkündbarer Beamter ist. Die auf Grund dieses Gesetzes auscheidenden weiblichen Beamten haben Anspruch auf eine Abfindung, die sich nach der Zahl der Dienstjahre richtet. Die Reichsregierung soll ermächtigt werden, den früheren weiblichen Beamten, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, aber

nach dem 1. Juli 1931 wegen Verheiratung ausgeschieden sind, Abfindungssummen in der gleichen nach den Dienstjahren gestaffelten Höhe auszusahlen, wie sie der Entwurf für künftig ausscheidende Beamtinnen vorseht.

In einem Artikel „Die Verheiratete muß gehen! Für Tausende ein bitterer Weg“ befaßt sich ausführlich die „Vossische Zeitung“ mit den Folgen dieses Gesetzes. Man nennt dieses Gesetz als im Widerspruch stehend mit § 128 der Reichsverfassung, der alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamten beseitigt hat. Dagegen sehen die beteiligten weiblichen Beamten das Gesetz mit andern Augen an und betonen als Vorteile:

Zurückführung verheirateter Beamtinnen in ihre Familie, Erhalt einer Abfindungssumme zur wirtschaftlichen Festigung des Haushalts oder zur Deckung von Schulverbindlichkeiten, Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung, Freiwerden von Arbeitsplätzen, Wiederverleihen der Unkündbarkeit bei der planmäßigen Anstellung.

Im Gesetz sind alle Vorschläge der in Betracht kommenden weiblichen Verbände berücksichtigt worden, die hoffen, daß sich das Gesetz „zum Segen im Lebenslauf der einen, im beruflichen Fortkommen der anderen Beamtinnen und in der Arbeitsbeschaffung für den Laufbahnaufwuchs auswirken wird.“

Tages-Nachrichten aus aller Welt.

** Ehrenmedaille für die Fliegerin Carhart. Washington, 22. Juni. Der Senat nahm einen Gesetzentwurf an, der die Verleihung der Medaille für besondere Leistungen an die Dacauliegerin Carhart vorseht. Das Gesetz wurde Hoover zur Unterzeichnung vorgelegt.

** Elli Weinhorn in Mendoza. Buenos Aires, 22. Juni. Die deutsche Fliegerin Elli Weinhorn ist aus Chile in Mendoza gelandet.

** Deutschlands größtes Landflugzeug traf auf dem Flughafen Tempelhof ein. Berlin, 22. Juni. Das größte deutsche Landflugzeug, die Junkers G. 38 „D 2500“, die Schwestermaschine der „D 2000“, landete Dienstag nachmittag auf dem Flughafen Tempelhof. Wie bekannt, wurde die „D 2500“ während des Winters eines Umbaus unterzogen. Sie wurde „aufgestockt“ und mit 34 Sitzplätzen für Passagiere ausgestattet.

** 114 Jahre alt geworden. Wilna, 22. Juni. In Maslowe starb im Alter von 114 Jahren der ehemalige Händler Simon Adamowicz.

** Tod in den Bergen. Innsbruck, 22. Juni. Unterhalb der Nordwand des Gebrn bei Reutte hat man heute die Leiche eines reichsdeutschen Touristen, der als Arnold Doll aus Honnet am Rhein identifiziert wurde, aufgefunden. Doll, der seit Februar vermisst war, ist bei einer Tour über einen 25 Meter hohen Felsen tödlich abgestürzt.

** Ueberfall auf einen Gelbbriefträger. Halle, 22. Juni. Ein Gelbbriefträger wurde heute in einem Hause der Kronprinzenstraße von einem jungen Mann überfallen. Er verletzte den Beamten durch mehrere Hammerschläge und versuchte, ihm die Geldtasche zu entreißen, was ihm jedoch nicht gelang. Als auf den Lärm hin Hausbewohner herbeieilten, ergriff der Täter die Flucht. Der Beamte mußte im Krankenhaus sofort operiert werden.

** Kaskauto fährt in eine Kindergruppe. Behdorf (Sieg), 22. Juni. Der Lenker eines schweren, mit Baumaterialien beladenen Wagens durchfuhr heute in Wegbach den Zaun einer Kinderbewahrschule, deren Insassen gerade auf dem Hofe spielten. Während es den meisten Kindern gelang, beiseite zu springen, geriet ein vierjähriges Mädchen zwischen die Hauswand und den Wagen und wurde getötet. Ein anderes Kind erlitt Kopfverletzungen.

Das unruhige Deutschland.

Weitere politische Zusammenstöße.

Zahlreiche politische Zusammenstöße und Schlägereien ereigneten sich auch wieder am Mittwoch. In der Hauptsache kam es zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und Polizei zu Reibereien.

Bei Ueberfällen von Kommunisten auf Nationalsozialisten in Breslau wurden ein Nationalsozialist schwer und einige leicht verletzt.

Bei Reibereien in Altona und Wandsbek erlitten vier Nationalsozialisten, ein Pasant und ein Kommunist mehr oder minder schwere Verletzungen. Einige Personen wurden verhaftet.

Bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten in Braunschweig ist ein Kommunist durch einen Schlag in die Brust und ein Polizeibeamter am Kopf verletzt worden.

In Sangershausen wurden vier Nationalsozialisten schwer und vier leicht bei einer Schlägerei mit Kommunisten verletzt.

Durch drei Messerstiche lebensgefährlich verletzt wurde in Köthen (Anhalt) der Reichsbannerführer Ingenieur Mad.

In Rheinhausen ereigneten sich bei einer zwangsweisen Wohnungsäumung schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und der Polizei, wobei eine ganze Anzahl Schüsse gewechselt wurde.

In München wurden ein Gausturmführer und 7 andere Mitglieder der NSDAP, die sich an den Straßendemonstrationen gegen Ministerpräsident Seibt beteiligt hatten, zu Gefängnisstrafen von 3 und 2 Wochen verurteilt.

Schwere Zusammenstöße an der Frankfurter Universität.

Frankfurt a. M., 22. Juni. Trotz des gestern vom Rektor der Universität erlassenen Verbots des Uniformtragens verammelte sich heute vormittag vor der Universität eine größere Anzahl nationalsozialistischer Studenten in Uniform. Im Ehrenhof kam es zu Zusammenstößen mit kommunistischen Studenten, wobei zwei Studenten schwer verletzt wurden. Weitere Ausschreitungen verhinderte die Polizei. Das Universitätsgebäude wurde vorläufig geschlossen.

Frankfurt a. M., 22. Juni. Der Senat der Universität Frankfurt beschloß heute nachmittag, die Universität am Donnerstag wieder zu öffnen.

Bestrafung von Nationalsozialisten wegen Demonstrationen.

München, 22. Juni. Der Schnellrichter verurteilte wegen der nationalsozialistischen Demonstrationen am Sonntag in München acht Nationalsozialisten zu insgesamt 17 Wochen Gefängnis. Die Höchststrafe waren drei Wochen Gefängnis für den Oberführer Freiberger von Eberstein.

Neues Demonstrationsverbot in Hessen.

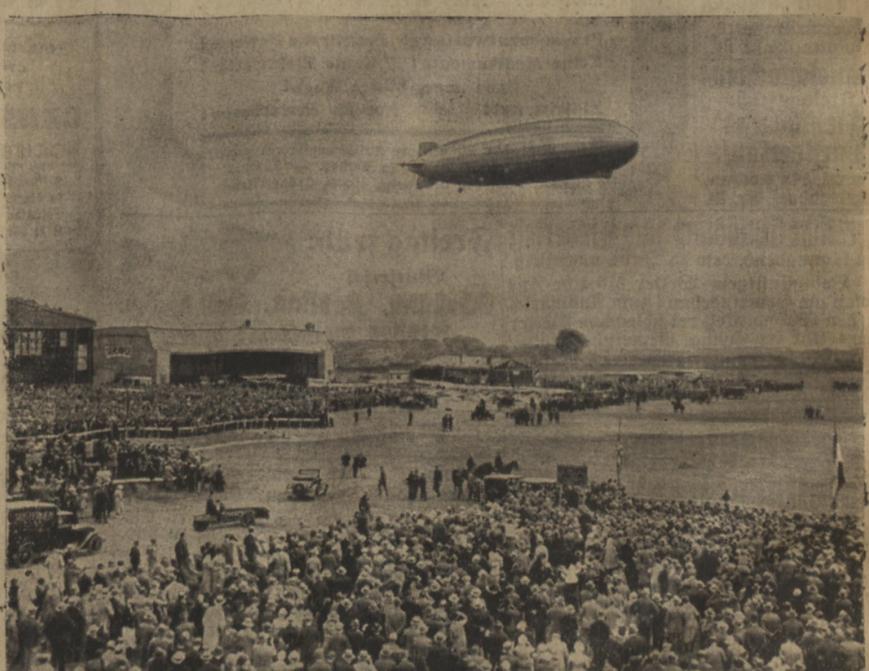
Darmstadt, 22. Juni. Der Hessische Innenminister hat wegen der in den letzten Tagen in verschiedenen Städten Hessens erfolgten politischen Ausschreitungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung mit sofortiger Wirkung im gesamten Gebiet des Volksstaates Hessen alle Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Aufmärsche, Durchmärsche usw., die von Mitgliedern politischer Vereinigungen unternommen werden, verboten.

Ein Aufruf Hitlers im „Völkischen Beobachter“.

München, 22. Juni. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Aufruf Adolf Hitlers, in dem gesagt wird, daß nach den erfolgreichen Wahlkämpfen dennoch eine neue Welle von Unterdrückungen und Verfolgungen die NSDAP treffe. Als verantwortlicher Führer der nationalsozialistischen Bewegung müsse er es daher ablehnen, mit den in Frage kommenden Parteien heute irgend einen Pakt zu schließen. Dieser verzichten wir, so heißt es, auf Minister, ehe wir unsere Ehre und unsere Grundsätze preisgeben.

Von der Holland-Fabrik des Luftschiffs „Graf Zeppelin“.

Von einer vieltausendköpfigen Menschenmenge erwartet, erscheint das deutsche Luftschiff über Waalhaven.



Bekanntmachung.

Wir haben Veranlassung darauf hinzuweisen, daß Wohnungen mit einer Jahresmietsumme bis 500.— RM. nach der Zwangswirtschaft unterliegen. Zur Anmeldung einer freigeordneten oder freierwerbenden Wohnung ist der Hausbesitzer verpflichtet. Mietverträge über Wohnungen mit oben angegebenen Jahresmieten, die ohne Genehmigung des Wohnungsamtes abgeschlossen werden, gelten als nicht geschlossen. Derartig bezogene Wohnungen können mit polizeilichem Zwange geräumt werden. Auch machen sich „Schwarz“mieten und „Schwarz“mieten strafbar. Grünberg i. Schl., den 23. Juni 1932. Der Magistrat.

Freibantfleischverkauf im städtischen Schlachthofe am Freitag, den 24. Juni d. J., von 18⁰⁰—18 Uhr. Grünberg/Schl., den 22. Juni 1932. Der Magistrat.

Zwangsversteigerung. Am Sonnabend, 23. Juni 1932, vorm. 10 Uhr, sollen im städt. Arbeitshaus (An der Plantmühle 5): 1 Bäckerskrant, 1 Kuch.-Schreibstisch, 4 Plüschsofas öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Grünberg, den 23. Juni 1932. Magistrat. — Vollstreckungsamt.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Droschkau Band 11 Blatt Nr. 50 eingetragene, nachstehende beschriebene Grundstück — insofern dieses dem Bernhard Moormann gehört — am 21. September 1932, 15 Uhr, an der Gerichtsstelle, Vertiner Str. Nr. 99, Zimmer Nr. 34, versteigert werden. Sfd. Nr. 1, Gemarung Droschkau, Flurbuch vgl. Auszug v. 10. 7. 1902, Grundfeuermutterrolle Nr. 47, Gebändesteuerrolle Nr. 51, Wirtschaftsort und Lage Gärtnerstelle. Größe 12 ha 50 a, Grundfeuerreinertrag 20,30 Taler, Gebäudesteuerreinertrag 60 Mark. Der Versteigerungsvermerk ist am 6. 4. 32 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer waren damals der Landwirt Bernhard Moormann u. seine

Frau Emma geb. Viebing in Droschkau gleichantellig eingetragen. Grünberg Schl., den 18. Juni 1932. Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Es sollen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden: Freitag, d. 23. d. M., versteigere ich in Prittag, um 9 Uhr: 1 Acker, Fronleutner, 1 Krube,

1 Sekretär, 1 Standspiegel, 1 Gemeindefranz. Fränkeli, Gerichtsvollzieher Fr. A. Lattwiese 10b.

Gutes

Siedestroh, ca. 20—30 Ztr., taucht Carl Mühle Nachf., Edenenerstraße 30.

1000 RM.

auf sichere Hypothek möglichst bald nur von Selbstgeber zu leihen gesucht.

Offerten unter K 1495 an die Expedition dieses Bl.

Stuben decken werden gewebt. Welterstraße 4.



Freie Turnerschaft

Grünberg in Schlesien

Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. Juni 1932, feiert die Freie Turnerschaft ihr

25 jähr. Bestehen

Sonnabend, den 25. Juni, in der Städtischen Badeanstalt ab 19.20 Uhr:

Schwimmwettkämpfe

Anschließend Begrüßungsabend mit turnerischen Vorführungen auf einem ins Wasser gebautem Podium

Sonntag, den 26. Juni, auf dem Stadion Züllichauer Chaussee von 7-10 Uhr:

Wettkämpfe

2 Uhr:

Ausmarsch vom Reffourcenplatz nach dem Stadion

Anschließend: Freiübungen, turnerische Auführungen, Fußball, Handball usw.

Der Eintritt, welcher für beide Tage Gültigkeit hat, beträgt 50 Pfennig, Erwerblosige 30 Pfennig.

Wir laden zu dieser Jubelfeier alle Sportfreunde von Stadt und Land ein, besonders bitten wir, sich recht zahlreich am Ausmarsch zu beteiligen.

Der Vorstand.

Feinste neue engl. Matjesheringe Stück 10 Pf.

Kieler Fett-Büdlinge

Bratheringe 1/2 Liter-Dose nur 54 Pf.

Delfardinen (Sabrosas) nur 28 Pf. u. 34 Pf.

Fischkonzerben in großer Auswahl empfiehlt billigst

Wilhelm Sigusch Obertorstraße 16, Hospitalstraße 21.

Hauschlachten! Freitag früh: Fleisch- und Würsterverkauf.

Paul Krause, Schertendorf Nr. 94.

Herzliche Einladung zum Kinderfest am Sonnabend, dem 25. Juni, nachmittg.

Bei günstigem Wetter 1/3 Uhr Anreten am Gemeindehaus zum Ausmarsch in den Waldwinkel, bei schlechtem Wetter um 4 Uhr im Evang. Gemeindehaus. Unkostenbeitrag 20 Pf.

Evg. Kindergottesdienst

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Unsere Wahl zum Verbandstag findet am Sonntag, dem 26. Juni, von 10-4 Uhr, im Verbandsbüro statt. Mitgliedsbücher mitbringen.

Die Ortsverwaltung, A. Brandt.

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener, Ortsgruppe Grünberg.

Sonntag, den 26. Juni:

Kinderfest im „Euisental“.

Kaffeezeit 3 Uhr.

Fadeln sind mitzubringen.

Alle Mitglieder mit Angehörigen und auch Freunde der Vereinigung sind eingeladen.

Der Vorstand.

Speckfettes Hundefleisch

sowie Fett zu haben Schertendorferstr. 2. Bestelltes Fett abholen.

Wiederholung!

Hören Sie den

Vortrag

von der Fa. Dr. Neuhäusser

am Freitag, den 24. Juni, 4 Uhr nachm. u. 8 Uhr abds. in Grünberg, Hotel Grüner Kranz

Ueberraschende Erfolge durch unser billiges Natur-Heilverfahren!

Aus dem Inhalt:

Wie verhütet man Alterserscheinungen? — Arterienverkalkung heilbar? — Gesunder Schlaf ohne Gifte? — Stuhlverstopfung in 10 Tagen beseitigt! — Dauernde Befreiung von Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hexenschuss. Keine Beschwerden der Wechseljahre mehr! — In 2 Minuten frei von Kopfschmerzen, Ohrenschmerzen, Schmerzen aller Art! Erfolgreiche Behandlung von Nervenleiden, Lähmungen, Magen-, Darm- und Herzbeschwerden. — Asthma, Erkrankungen der Luftwege. — Warum noch zuckerkrank? — Krebsgefahr? — Nieren- und Leberleiden. — Offene Beine, Krampfadern usw.

Fragenbeantwortung! Praktische Beweise! Keine Medikamente! Keine Elektrizität! Ganz neue, billige Wege!

Eintritt frei! Nur für Erwachsene!

Wer verhindert ist, verlange Aufklärungsschrift gegen Einsendung von 50 Pfennig in Marken. — Anschrift: Richard Poetsch, Grünberg, Hotel Grüner Kranz

Freitag früh:

Blutfrisch Schellfisch, Rablian, Goldbarsch, feinstes weißes Fischfilet.

Prachtvolle Speckfunden, Epiduale, fette Kieler Büdlinge, ff. Bundsaale, feinste neue Matjesheringe. Fritz Wittwer.

Achtung! Ab heute: Achtung! Prima Braunschweiger und Schinkenwürst. Grifche Blutwurst . . . à Pfd. 70 Pfg. Schmalz . . . à Pfd. 50 Pfg. Rühlerbrot . . . von 70 Pfg. an. Morgen fr. Knob. u. Schließliche à Pfd. 55 Pfg. Erich Rentzsch, Neutorstraße 7.

Wer beverkauf

in Oberbrucher Bettfedern

vom 21. Juni bis 2. Juli

Während dieser Zeit gebe ich trotz meiner schon sehr billigen Preise noch 10 Prozent Rabatt

Helene Gielisch, Grünberg Am Oberlyzeum 8

Krisenlohnsteuer-

tabellen, gültig ab 1. 7. 31, empfiehlt die Geschäftsstelle des Grünberger Wochenblattes.

Nach schwerem Leiden wurde mir heute nacht mein innig geliebter Mann, mein treusorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager

Hugo Pilz

Lieutnant d. R., Inhaber des Eisernen Kreuzes I. u. II. Klasse durch den Tod entrissen.

Grünberg i. Schles., Naumburg a. S., den 22. Juni 1932. Kiletstraße 12.

Im tiefsten Schmerz im Namen der Hinterbliebenen:

Eise Pilz, geb. Müller. Irmgard Pilz.

Beerdigung Sonnabend nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Grünen Kreuzfriedhofes aus.

Nach kurzer, schwerer Krankheit nahm der Tod unser Mitglied, Herrn

Hugo Pilz

aus unseren Reihen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Grünberg i. Schles., den 22. Juni 1932.

Ortsgruppe Grünberg des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens.

Plötzlich und unerwartet infolge Herzschlages starb unsere liebe Schwester, Schwägerin, und Tante

Berta Simon

im Alter von 58 Jahren. Dies zeigen tiefbetäubt an Grünberg/Schl., den 23. Juni 1932.

Geschwister Simon und Anverwandte.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Grünen Kreuzfriedhofes aus statt.

AUSNAHMETAGE

Trotz billigster Preise bei anerkannt besten Qualitäten erhalten Sie

von Freitag, den 24. 6. bis Donnerstag, den 30. 6., BEIM EINKAUF VON RM. 1,50

NOCH BILLIGER 2 SPARBONS EXTRA!

2 Pfund Zucker 65 Pf. 1a Himbeersaft 1/4 Pfund 13 Pf. Feinstes Tafel-Öl Fl. 25 Pf. B H Margarine Pfund 33 Pf.

BUTTER-HAUS ROBERT HOFFMANN GRÜNBERG I. SCHLES., OBERTORSTRASSE 2

SOMMERSPROSSEN

Wo nichts half — hilft immer Frucht's Schwansenweiß Mk. 1.60 und 3.15

Schönheitswasser Aphrodite gegen Mitesser, Pickel u. alle Hautunreinheiten Mk. 1.60 u. 3.15.

Drogenh. Silesia H. Stadler, Ring 17, P. Richter, Seifen u. Parfümerien, Obertorstr. 17.

Achtung! Bettfedern

waren noch nie so billig. Ich verkaufe zum Wochenmarkt, Ede Schultze, feinsten Herrschaftsschleiß zu 4.50 Mk. pro Pfund. Daunen 7.50 Mk., Halbdaunen u. Rufffedern zu noch nie dagewesenen Preisen. Bitte auf meine Firma zu achten.

A. Langer, Bettfedern-Verband, Ologau.

Postgebühren-Tarif

zu haben in der Geschäftsstelle des Grünberger Wochenblattes.

100 Mk. zahlt Hersteller, wenn „Nesolda“ nicht ist. bei Mensch u. Tier Kopf-, Filz-, Kleider-Räuse, Fische (Brut) vertilgt. Bestes Radikalmittel gegen Wanzen. Berliner Str. 92. Woltz.

Mehrere gewerbl. Räume, auch Lagerräume

zum 1. Juli 1932 zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Blattes.

Notangebot

für Bräute u. Hausfrauen! Leinwandwaren und Wäschestoffe, Inletts u. f. m. zu Fabrikpreisen, solange Vorrat. Verlangen Sie sofort Angebot!

Ganz gute Ware! Georg Felix Böhm, Landesbrot I. Schlesien.

Geschäftstochter,

Mitte 20, ev., dunkelblond, mittelgroß, sehr wirtschaftlich, 10000 Mk. Vermögen, wünscht Herrenbekanntschaft zwecks Heirat. Am liebsten Beamt. Witw. m. Kind auch angehen. Nur ernügem. Zuschr. m. Bild u. 5478 postl. Ologau.

Guterhaltene

Knabenfahrrad 3/4 zu kaufen gesucht. Off. unt. KH 494 an die Exped. d. Bl.

Hausordnungen u. Mietverträge

empfiehlt die Geschäftsstelle des Grünberger Wochenblattes.

Schöne Wohnungen

mit Gartenland, Licht, Wasser im Hause, an der Bahnhstation Döbelhermsdorf gelegen, bald a. verm. Auskunft Atelier Gülters Nachlg., Grünberg, Holzmarktstraße 23.

Schöne sonnige

3-Zimmer-Wohnung mit Bad zum 15. 8. oder 1. 9. zu verm. Maulbeer-Allee 6.

Großes, gut möbliertes

3 Zimmer hat sofort oder später zu vermieten H. Seefeldt, Niederstraße 90, I.

Möbl. Zimmer

zu vermieten Niederstraße 88.

Möbl. Zimmer z. 1. 7. 31. miet. gef. Off. m. Preisang. u. K K 496 a d. Exp. d. Bl.

Kollanahänger

sind zu haben in W. Levysohns Buchdruckerei.

Morgen empfehle:

Frühe Kalbs- u. Delikatess-leberwurst, frühe Frankfurter, fein und grob.

G. Adler.

Weinausschank

Paatzold, Bäckerstr., Berliner Str. 60.

Weller

Große Bergstr. 10

Villa Nippe

„Zur goldenen Aussicht“ Jacob, Balkweg 13.

G. Helbig,

Breitestr. 50.

Pillhock,

Grünstr. 8. Schmidt, Lanzitzer Str. 76.

Krieger- und Militärverein. Sonnabend, den 25. Juni 1932: Beerdigung des Kameraden u. Kriegsteilnehmers von 1914/18 Hugo Pilz. Trauerparade: III. Komp. Anreten 2 1/2 Uhr nachm. Ressource. Der Vorstand.

Geschäftsbücher

jeder Art werden in eigenem Betriebe schnellstens angefertigt.

W. Levysohn, Buchdruckerei.

Nachruf!

Gestern verstarb unerwartet der Verwaltungsgehilfe

Herr Hugo Pilz.

Der Heimgegangene hat sich während seiner Tätigkeit bei der Stadtverwaltung mit voller Kraft seinem Berufe gewidmet.

Wir bedauern aufrichtig den Verlust dieses Mitarbeiters, der sich unsere vollste Anerkennung erworben hat.

Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren bleiben.

Der Magistrat.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb unser verehrtes Mitglied, Kamerad Hugo Pilz

Er war uns allen ein lieber Kamerad, dem wir über das Grab hinaus in Treue gedenken werden.

Verein ehem. Jäger u. Schützen.

Anreten: Sonnabend, nachmittags 1/3 Uhr: „Ressource“.

Gestern verstarb unser langjähriges Vorstandsmitglied, Herr Weinkauffmann Hugo Pilz.

Der Verstorbene hat in den vielen Jahren seiner Vorstandstätigkeit dem Verein und zum Besten der Stadt unendlich viel geleistet. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Grünberg, den 23. Juni 1932. Der Gewerbe- u. Gartenbau-Verein Grünberg i. Schl.